

STUDIENKURS POLITIKWISSENSCHAFT

Bernauer | Jahn | Kritzinger | Kuhn | Walter

# Einführung in die Politikwissenschaft

5. Auflage



**Nomos**

## **STUDIENKURS POLITIKWISSENSCHAFT**

**Lehrbuchreihe für Studierende der Politikwissenschaft  
an Universitäten und Hochschulen**

Wissenschaftlich fundiert und in verständlicher Sprache führen die Bände der Reihe in die zentralen Forschungsgebiete, Theorien und Methoden der Politikwissenschaft ein und vermitteln die für angehende WissenschaftlerInnen grundlegenden Studieninhalte. Die konsequente Problemorientierung und die didaktische Aufbereitung der einzelnen Kapitel erleichtern den Zugriff auf die fachlichen Inhalte. Bestens geeignet zur Prüfungsvorbereitung u.a. durch Zusammenfassungen, Wissens- und Verständnisfragen sowie Schaubilder und thematische Querverweise.

Thomas Bernauer | Detlef Jahn | Sylvia Kritzinger  
Patrick M. Kuhn | Stefanie Walter

# Einführung in die Politikwissenschaft

5., umfassend überarbeitete Auflage



**Nomos**



Onlineversion  
Nomos eLibrary

**Die Deutsche Nationalbibliothek** verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-7938-3 (Print)

ISBN 978-3-7489-2323-7 (ePDF)

5., umfassend überarbeitete Auflage 2022

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2022. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

## Vorwort

In diesem Buch werden die wichtigsten Konzepte, Methoden und Forschungsinhalte der Politikwissenschaft behandelt. Es soll Ihnen, liebe Leser:innen, dabei helfen, aus wissenschaftlicher und praktischer Sicht interessante politikwissenschaftliche Fragen zu stellen und diese auf der Grundlage gegenwärtiger Forschungserkenntnisse systematisch zu beantworten.

Die Politikwissenschaft untersucht – basierend auf wissenschaftlichen Theorien und Methoden – politische Strukturen, Institutionen, Akteure, Prozesse und Politiken (*policies*). Sie definiert, beschreibt und erklärt damit ein breites Spektrum von politischen Phänomenen, welche die Gesellschaft prägen und liefert dabei Antworten auf Fragen, wie zum Beispiel diese:

- Weshalb unterscheiden sich Bürger:innen im Ausmaß ihrer politischen Beteiligung (z.B. an Wahlen, in Parteien und Verbänden oder sozialen Bewegungen)?
- Weshalb haben Regierungen in der Covid-19 Pandemie unterschiedlich stark in die Freiheitsrechte ihrer jeweiligen Bevölkerung eingegriffen (z.B. durch Lockdowns und Ausgangssperren)?
- Begünstigt die Demokratie den Umweltschutz, das Wirtschaftswachstum und die Qualität von Bildungssystemen?
- Wie stark ist der Einfluss der Justiz bzw. der Gerichte auf die Politik?
- Weshalb kommt es immer wieder zu Bürgerkriegen?

Solche Fragen können natürlich auch in einem Zeitungsartikel, einer Fernseh- oder Radiosendung oder einem Sachbuch für einen breiten Leser:innenkreis behandelt werden. Der Mehrwert einer politikwissenschaftlichen Analyse liegt jedoch darin, dass sie den zu untersuchenden Gegenstand in Bezug auf mögliche Ursachen und Wirkungszusammenhänge theoretisch tiefer durchdringt, und diese dann anhand von Daten zur realen Welt systematisch auf ihren empirischen Wahrheitsgehalt hin überprüft. So lässt sich z.B. untersuchen, ob Bürger:innen mit einem niedrigeren Ausbildungsniveau weniger am politischen Geschehen partizipieren, ob Staaten mit politisch links orientierten Regierungen eher zu harten Covid-19 Maßnahmen wie Lockdowns oder Ausgangssperren greifen, ob Demokratie dem Umweltschutz, Wirtschaftswachstum und der Qualität von Bildungssystemen förderlich ist, ob und wann Verfassungsgerichte einen starken Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse haben und ob Kriege in ethnisch-kulturell fragmentierten Staaten häufiger auftreten.

### Ansatz und Ziele dieses Buches

Die Lektüre dieses Grundlagenbuches erfordert keine spezifischen Vorkenntnisse. Zum Zielpublikum dieses Buches gehören Leser:innen, die mit dem Studium der Politikwissenschaft beginnen, aber auch Studierende aus den Nachbarwissenschaften (z.B. Soziologie, Kommunikationswissenschaft, Wirtschaftswissenschaft, Psychologie, Philosophie, Geschichtswissenschaft) und den Ingenieurs- oder Naturwissenschaften sowie politische Praktiker:innen, Lehrende für politische Bildung und weitere Personen, die Grundkenntnisse in Politikwissenschaft erwerben

## Vorwort

---

ben möchten. Wir haben uns bemüht, dieses Buch forschungsnah und damit anspruchsvoll, gleichzeitig aber auch gut lesbar zu gestalten. Insbesondere haben wir versucht, eine enge Verbindung zwischen Theorie und realer Welt (Empirie) herzustellen. Dazu dienen vor allem zahlreiche Beispiele, die theoretische Argumente und Erklärungsmodelle mit realen politischen Phänomenen verknüpfen. Wir legen großen Wert darauf, wie theoretische Konzepte empirisch messbar gemacht und erfasst und aus der Theorie hergeleitete Zusammenhänge (Hypothesen) systematisch überprüft werden können. Dieses Lehrbuch steht somit in der Tradition der empirisch-analytischen Politikwissenschaft. Diese hat sich im Verlauf der letzten fünfzig Jahre zur dominanten Form der wissenschaftlichen Analyse politischer Phänomene entwickelt. Sie strebt eine möglichst objektive, also werturteilsfreie Beschreibung und Erklärung der politischen Wirklichkeit an.

Unser Buch zeichnet sich auch noch durch einige weitere besondere Merkmale aus:

Das politische System des eigenen Staates ist den meisten Leser:innen wohl am besten bekannt. Da dieses Buch für ein deutschsprachiges Publikum bestimmt ist, veranschaulichen wir Konzepte und Theorien vorrangig durch die politischen Systeme der drei deutschsprachigen Länder Deutschland, Österreich und der Schweiz. Dem kommt zugute, dass das Autor:innenteam aus allen drei Ländern zusammengestellt ist. Die drei (mehrheitlich) deutschsprachigen Länder (nach den Autokennzeichen: D = Deutschland, A = Austria, CH = Confoederatio Helvetica) weisen bedeutende kulturelle, sprachliche und wirtschaftliche Ähnlichkeiten auf. Ihre politischen Systeme unterscheiden sich jedoch in erheblichem Maße, was interessante Vergleiche ermöglicht. Viele Fragen der Politikwissenschaft lassen sich durch einen Vergleich der drei deutschsprachigen Staaten allerdings nur begrenzt untersuchen. Deshalb beziehen wir häufig auch andere politische Systeme in die Betrachtung ein. Da die Europäische Union (EU) zumindest auf zwei dieser Länder einen besonderen Einfluss hat und auch in anderer Hinsicht eine einzigartige supranationale Institution darstellt, wird auch das politische System der EU hervorgehoben betrachtet.

Um Ihnen eine möglichst große Flexibilität bei der Lektüre zu geben, enthalten die meisten Kapitel einige Passagen, die Sie je nach Zeitbudget und Interesse überspringen können, ohne dass Sie bei der Lektüre nachfolgender Kapitel Verständnisschwierigkeiten haben werden. Diese Passagen sind in Kästen gesetzt und bieten entweder zusätzliche empirische Beispiele oder weiterführende Informationen theoretischer oder methodischer Natur. Lehrende haben damit auch die Möglichkeit, das jeweilige Themengebiet anhand der Kästen in der Vorlesung oder im Seminar zu vertiefen. Hinzu kommt, dass sich die Kapitel auch gut in unterschiedlicher Reihenfolge lesen lassen, obschon wir die Lektüre in der nachfolgend gewählten Reihenfolge empfehlen.

Um Ihnen den tiefgehenden Einstieg in einzelne Themengebiete zu vereinfachen, endet jedes Kapitel mit Informationen zu weiterführender Literatur. Das Lehrbuch wird durch eine Internetseite mit weiterführenden Informationen und Lernhilfen ergänzt. Unter <http://www.ib.ethz.ch/teaching/pwgrundlagen> finden Sie ein

Glossar, welches wichtige politikwissenschaftliche Konzepte und Begriffe definiert, Testfragen, anhand derer Sie Ihr erworbenes Wissen überprüfen können, sowie weitere Informationen, die beim Studium dieses Buches nützlich sind oder zur Vertiefung einzelner Themen im Unterricht eingesetzt werden können.

### Aufbau des Buches

Der erste Teil des Buches liefert einen generellen Überblick über die Politikwissenschaft sowie über ihre Arbeitsmethoden und -prozesse (Kapitel 1 und 2). Danach wenden wir uns der Beschaffenheit und den Funktionsweisen nationaler politischer Systeme insgesamt zu, indem wir Grundformen politischer Systeme und demokratischer Regierungssysteme unter die Lupe nehmen (Kapitel 3 und 4). Es folgen Kapitel zu den *Bausteinen* politischer Systeme, wie sie in Abbildung 0.1 dargestellt sind. Im Mittelpunkt stehen dabei die wichtigsten Akteure des politischen Systems und die Beschaffenheit und Wirkung politischer Institutionen. Wir starten mit den Bürger:innen eines Staates (Kapitel 5 und 6), gefolgt von den politischen Intermediären, insbesondere Parteien, Interessengruppen und Medien, die als Schnittstellen zwischen den Bürger:innen und den Institutionen des zentralen politischen Entscheidungssystems fungieren (Kapitel 7, 8, 9). Danach befassen wir uns mit den Institutionen des zentralen politischen Entscheidungssystems – der Legislative (Parlament), Exekutive (Regierung, Verwaltung) und Judikative (Justiz) (Kapitel 10, 11, 12). Wie Abbildung 0.1 zeigt, beeinflussen all diese Akteure die Prozess- und Policyfunktionen eines politischen Systems, welches politische Outputs (z.B. staatliche Maßnahmen aller Art) erzeugt, welche wiederum im Sinne einer Rückkopplung auf politische Prozesse der Interessenartikulation, Interessenaggregation, *policy-making* und Politikimplementierung einwirken.

Einzelne politische Systeme sollten nicht isoliert betrachtet werden, denn sie interagieren in vielfältiger Weise miteinander (siehe Abbildung 0.1). Im abschließenden Kapitel des Buches (Kapitel 13) beschäftigen wir uns daher mit politischen Phänomenen, die nationale Grenzen überschreiten, z.B. mit internationaler Kooperation, den Ursachen von Krieg, Globalisierung und Protektionismus, der europäischen Integration sowie der globalen Umweltpolitik.

Wir hoffen, dass Sie basierend auf dem Studium der 13 Kapitel dieses Buches interessante politikwissenschaftliche Fragen stellen und fundierte Antworten auf diese Fragen erarbeiten können. Natürlich wissen Sie nach der Lektüre des Buches noch nicht alles, was es im Bereich der Politikwissenschaft zu lernen und zu erforschen gibt. Wir denken jedoch, dass Sie sich hiermit das Grundlagenwissen aneignen können, um in spezifische Bereiche der Politikwissenschaft weiter vorzudringen. Dazu gehören z.B. die Vergleichende Politikwissenschaft, Internationale Beziehungen, Methoden der empirischen Sozialforschung sowie bestimmte Politikbereiche wie etwa Sicherheitspolitik, Europäische Politik, Konfliktforschung, Politische Ökonomie oder Umwelt- und Technologiepolitik.

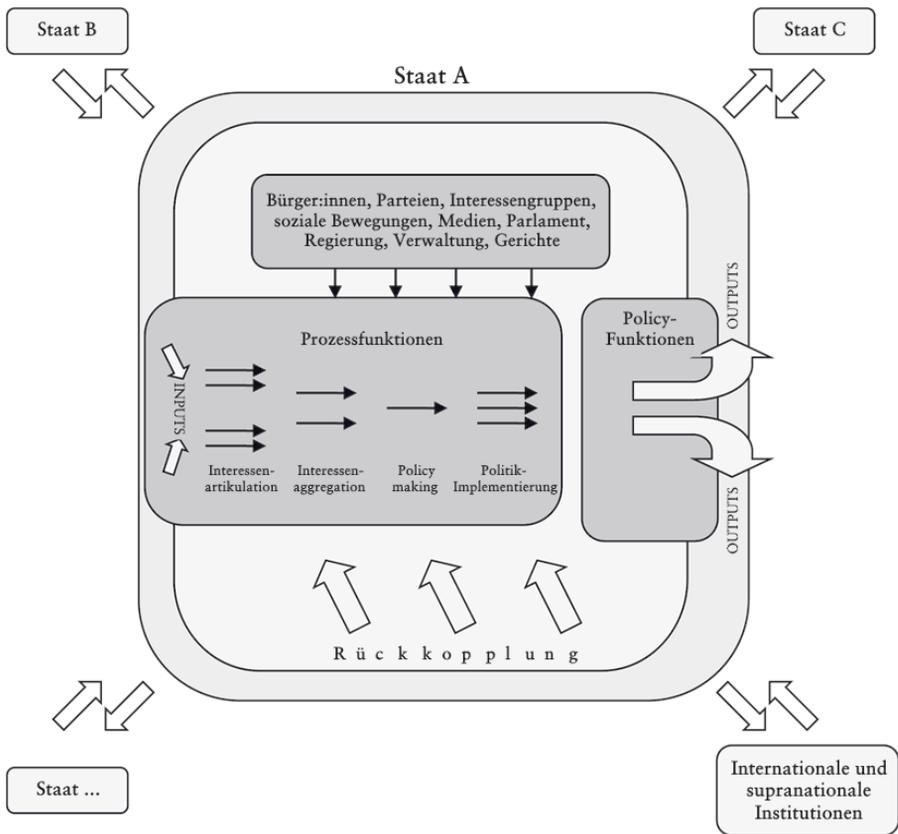


Abbildung 0.1: Funktionen politischer Systeme

Quelle: Eigene Übersetzung und Ergänzung auf der Grundlage von Powell et al. (2015: 57).

### Fünfte Auflage des Buches

Für die vorliegende fünfte Auflage dieses Lehrbuches haben Thomas Bernauer, Detlef Jahn, Sylvia Kritzinger und Patrick Kuhn die Inhalte der vierten Auflage umfassend überarbeitet und teilweise auch neu strukturiert. Stefanie Walter trat 2018 aus dem Autor:innenteam, welches die erste bis vierte Auflage verfasst hatte, zurück. An ihre Stelle trat Sylvia Kritzinger. Während die Inhalte des Buches, welches 2009 erstmals erschien, für die zweite Auflage, die 2013 publiziert wurde, stark überarbeitet wurden, wiesen die dritte und vierte Auflage eher leichte Überarbeitungen auf. Wie bei jeder weiteren Auflage eines solchen Buches haben wir in der nun vorliegenden fünften Auflage je nach Kapitel unterschiedlich viel an Textmaterial und Abbildungen aus den vorhergehenden Auflagen übernommen. Zudem haben wir die vormaligen Kapitel 2 und 3 (Theorie, Empirie) in ein neues Kapitel 2 (Forschungsprozess) zusammengefasst, die Kapitel Wahlen und Direkte Demokratie aus der vierten Auflage (dort Kapitel 6 und 7) in einem Kapitel (Kapitel 5) in der fünften Auflage zusammengefügt, ein neues Kapitel zum Thema

politische Einstellungen und Verhalten (Kapitel 6) hinzugefügt, und die Kapitel 14 und 15 der vierten Auflage (Internationale Beziehungen, Globalisierung) in ein neues Kapitel 13 (Internationale Beziehungen) integriert.

### Danksagung

Ohne die tatkräftige Mithilfe vieler Kolleg:innen, Mitarbeitenden und Studierenden hätten wir dieses Lehrbuch wohl nie zustande gebracht. Neben allen Personen, denen wir schon in den vorhergehenden Auflagen gedankt haben, sind wir für diese Auflage insbesondere den folgenden Personen für Kommentare zu einzelnen Kapiteln sowie wertvolle Hinweise bei der Aufarbeitung der relevanten Fachliteratur sehr dankbar: Maximilian Andorff-Woller, David Brandl, Lars-Erik Cederman, Jakob-Moritz Eberl, Laurenz Ennser-Jedenastik, Sarah Gomm, Lisa Klagges, Dennis Kolcava, Wanda Perner, Franziska Quoss, Susanne Rhein, Frank Schimmelfennig, Maja Schoch, Uwe Serdült, Sophie Suda, Valentin Voith und Markus Wagner. Danken möchten wir ebenfalls Patricia Maissen, die uns bei der sprachlichen Überarbeitung des Manuskripts geholfen hat.

Ein ganz besonders großer Dank geht an Maja Schoch, die uns bei der Literaturrecherche, Aktualisierung diverser Kapitel sowie sprachlichen Überarbeitung und formalen Gestaltung des Buches wichtige Hilfe geleistet hat.

Unser Dank gilt auch Alexander Hutzel vom Nomos Verlag, der unser Buchprojekt hervorragend betreut hat.

### Geschlechtergerechte Sprache

Sie kennen sicher das Dilemma zwischen gendergerechter Sprache und *Lese(r:innen)freundlichkeit*. Wir haben schon etliche Varianten ausprobiert, aber noch keine optimale Lösung befunden. Wir haben uns für diese Auflage entschieden, nicht von *Bürgerinnen und Bürgern*, sondern von *Bürger:innen* zu sprechen.

Mai 2022

Thomas Bernauer, Detlef Jahn, Sylvia Kritzinger und Patrick Kuhn

## Inhalt

<b>Vorwort</b>	5
<b>Abbildungsverzeichnis</b>	15
<b>Verzeichnis der Kästen</b>	19
<b>Abkürzungsverzeichnis</b>	20
<b>1. Politik und Politikwissenschaft</b>	23
1.1 Was ist Politik?	24
1.2 Der Staat	27
1.3 Was ist Politikwissenschaft?	34
1.4 Empirisch-analytische und hermeneutische Politikwissenschaft	35
1.5 Politikwissenschaft im deutschsprachigen Raum	42
1.6 Verbindung zu anderen Wissenschaftsgebieten	46
1.7 Fazit	47
<b>2. Der Forschungsprozess</b>	51
2.1 Logik und Ziele der empirisch-analytischen Politikwissenschaft	52
2.2 Der Ablauf empirisch-analytischer Forschung	62
2.3 Fazit	99
<b>3. Grundformen politischer Systeme</b>	103
3.1 Politische Systeme	103
3.2 Demokratie	105
3.3 Autokratische Systeme	110
3.4 Empirische Maße für politische Systemtypen	116
3.5 Auswirkungen des politischen Systemtyps	122
3.6 Demokratisierung	131
3.7 Fazit	138
<b>4. Demokratische Regierungssysteme</b>	141
4.1 Gewaltenteilung als Fundament demokratischer Systeme	142
4.2 Horizontale Gewaltenteilung	143
4.3 Vertikale Gewaltenteilung	164
4.4 Gesamtschau auf die Gewaltenteilung	170
4.5 Fazit	176
<b>5. Wahlen und Direkte Demokratie</b>	179
5.1 Wahlen und Wahlsysteme	179
5.2 Direkte, repräsentative und halbdirekte Demokratie	197
5.3 Fazit	211

## Inhalt

---

<b>6. Politische Einstellungen und Verhalten</b>	<b>215</b>
6.1 Die Analyse der öffentlichen politischen Meinung und ihre Wirkungsmechanismen	215
6.2 Die Einordnung von Einstellungen	222
6.3 Konfliktlinien und Politischer Raum	226
6.4 Politisches Interesse und Politisches Wissen	230
6.5 Wahlbeteiligung und Wahlentscheidung	232
6.6 Demokratische Repräsentation	247
6.7 Fazit	251
<b>7. Parteien und Parteiensysteme</b>	<b>255</b>
7.1 Parteien	256
7.2 Parteiensysteme: Struktur, Dynamik und Wandel	278
7.3 Auswirkungen von Parteiensystemen	286
7.5 Fazit	293
<b>8. Interessengruppen und soziale Bewegungen</b>	<b>297</b>
8.1 Interessengruppen	298
8.2 Soziale Bewegungen	324
8.3 Fazit	337
<b>9. Politische Kommunikationsplattformen</b>	<b>341</b>
9.1 Politische Kommunikationsplattformen und Politik: Verhältnis, politische Funktionen und Strukturen	342
9.2 Logik der Massenmedien und ihre politischen Folgen	359
9.3 Kommunikation im Wahlkampf	365
9.4 Fazit	370
<b>10. Die Legislative</b>	<b>373</b>
10.1 Legislativen: Ein Überblick	373
10.2 Bikameralismus	379
10.3 Die Parlamente in Deutschland, Österreich und der Schweiz	384
10.4 Das Europäische Parlament (EP)	388
10.5 Einfluss der zweiten Kammer auf den Gesetzgebungsprozess	392
10.6 Der Gesetzgebungsprozess	397
10.7 Fazit	403
<b>11. Regierung und Verwaltung</b>	<b>407</b>
11.1 Entstehung, Organisation, Stellung und Funktionen von Regierungen und Verwaltungen	407
11.2 Regierungsbildung und politische Handlungskapazität von Regierungen	427
11.3 Theorien der öffentlichen Verwaltung	438
11.4 Fazit	449

---

<b>12. Die Judikative</b>	453
12.1 <b>Rechtsstaat, Demokratie, Verfassung und Judikative</b>	454
12.2 <b>Organisation der Verfassungsgerichtsbarkeit</b>	462
12.3 <b>Politischer Einfluss der Verfassungsgerichtsbarkeit</b>	472
12.4 <b>Fazit</b>	488
<b>13. Internationale Beziehungen</b>	491
13.1 <b>Grundstrukturen des internationalen Systems</b>	492
13.2 <b>Theoretische Grundperspektiven</b>	498
13.3 <b>Politische Gewalt</b>	504
13.4 <b>Internationale Kooperation und Institutionen</b>	513
13.5 <b>Europäische Integration</b>	522
13.6 <b>Fazit</b>	531
<b>Literaturliste</b>	533
<b>Autor:innenverzeichnis</b>	585
<b>Stichwortverzeichnis</b>	587
<b>Bereits erschienen in der Reihe STUDIENKURS POLITIKWISSENSCHAFT (ab 2017)</b>	597

### 3. Grundformen politischer Systeme

Nachdem Sie in Kapitel 2 die Forschungsmethoden der empirisch-analytischen Politikwissenschaft kennengelernt haben, werden wir Ihnen in den nun folgenden Kapiteln die grundlegenden Elemente politischer Systeme sowie deren Funktionsweisen, Ursachen und Konsequenzen vorstellen. Politische Systeme bestimmen den institutionellen Rahmen und die sozialen Strukturen, in denen politische Entscheidungen getroffen und umgesetzt werden. Wir beginnen das Kapitel mit einem kurzen Abschnitt zum Konzept des politischen Systems (siehe dazu auch Kapitel 1). Danach diskutieren wir den wichtigsten Unterschied zwischen politischen Systemen: denjenigen zwischen demokratischen und autokratischen Systemen. Das Kapitel gibt Ihnen einen Überblick über die Merkmale, Ursachen und Auswirkungen politischer Systemtypen. Zunächst diskutieren wir, was Demokratie bedeutet und welche Merkmale ein politisches System erfüllen muss, um als demokratisch zu gelten. Alle Demokratien weisen gewisse gemeinsame Merkmale auf – insbesondere regelmäßige, allgemeine, gleiche, freie, direkte und geheime Wahlen (Hinweis: Wir verwenden in diesem Kapitel fortan die Kurzform „freie und faire Wahlen“). Autokratische Systeme können unterschiedlich ausgestaltet sein, haben jedoch gemeinsam, dass sie keine Wahlen durchführen, die den vorher genannten, für Demokratien typischen Kriterien entsprechen. Sie lassen sich z.B. als Monarchien, Einparteiensysteme oder Militärjuntas charakterisieren. Um Theorien und Hypothesen zu politischen Systemtypen empirisch untersuchen zu können, müssen die Konzepte Demokratie und Autokratie operationalisiert und gemessen werden. Wir befassen uns daher mit verschiedenen Vorschlägen zur empirischen Erfassung dieser Konzepte. Im Rest des Kapitels beschäftigen wir uns dann mit den Ursachen und den Auswirkungen dieser unterschiedlichen politischen Systeme.

#### 3.1 Politische Systeme

Die innerstaatliche Souveränität der rund 200 Territorialstaaten im heutigen internationalen System (siehe dazu Kapitel 1.2) hat dazu geführt, dass Staaten unterschiedliche politische Systeme entwickelt haben.

„Ein politisches System bezeichnet die Gesamtheit derjenigen staatlichen und nichtstaatlichen Einrichtungen und Akteure, Regeln und Verfahren, die innerhalb des betreffenden Staates an fortlaufenden Prozessen der Formulierung und Lösung politischer Probleme sowie der Herstellung und Durchsetzung allgemein verbindlicher politischer Entscheidungen beteiligt sind“ (Holtmann 1994: 517).

Obwohl politische Systeme sehr unterschiedliche Formen aufweisen können, bestehen sie aus denselben Elementen, die in Abbildung 3.1 dargestellt sind (siehe auch Abbildung 0.1 im Vorwort dieses Buches). Jeder Staat besitzt ein zentrales politisches Entscheidungssystem, in dem verbindliche Entscheidungen getroffen werden. Dazu gehören die gesetzgebende (Legislative, Kapitel 10), die ausführende (Exekutive, Kapitel 11) und die richterliche (Judikative, Kapitel 12) Gewalt. Die Basis eines politischen Systems bilden seine Bürger:innen. Dazwischen agieren

### 3. Grundformen politischer Systeme

---

die politischen Intermediäre, allen voran die Parteien (Kapitel 7), Interessengruppen, sozialen Bewegungen (Kapitel 8) und Medien (Kapitel 9). Sie stellen eine Verbindung zwischen dem zentralen politischen Entscheidungssystem und der Gesellschaft her. Gesellschaft und Intermediäre geben den Entscheidungsträger:innen im zentralen politischen Entscheidungssystem Input in Form von Forderungen sowie Unterstützung (z.B. in Form von Wahlstimmen) oder Opposition (z.B. in Form von Demonstrationen; Kapitel 5). Die Exekutive, Legislative und Judikative nehmen diese Inputs in ihre Arbeit auf, setzen sie in allgemein verbindliche Entscheidungen um oder lehnen sie ab. Diese Entscheidungen fließen dann als Output, z.B. als Gesetze oder Gerichtsurteile, an die Gesellschaft und Intermediäre zurück.

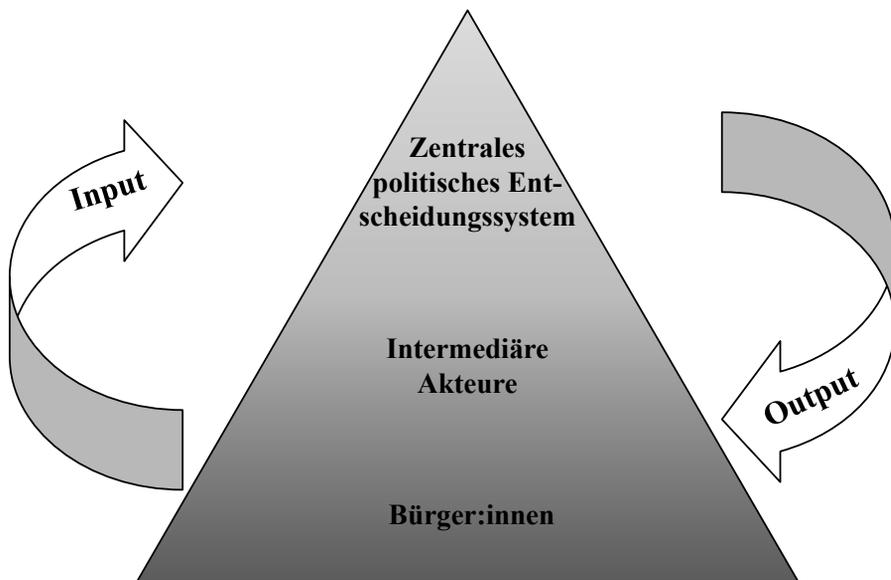


Abbildung 3.1: Politisches System

Jedes politische System besteht aus den vorne beschriebenen Elementen. Staaten unterscheiden sich jedoch stark in Bezug auf die Ausgestaltung dieser Elemente und deren Beziehung untereinander. In Demokratien hat z.B. die Gesellschaft eine wesentlich einflussreichere Inputfunktion als in Autokratien. Ebenso sind die drei Staatsgewalten (Exekutive, Legislative und Judikative) in Demokratien voneinander getrennt und kontrollieren sich gegenseitig, während die politische Macht in Autokratien viel stärker in den Händen einer Person oder einer Gruppe von politisch und wirtschaftlich einflussreichen Personen liegt. In diesem und im nächsten Kapitel werden wir daher die Unterschiede zwischen verschiedenen politischen Systemen als Ganzes betrachten.

## 3.2 Demokratie

Die grundlegendste Differenzierung von politischen Systemen ist die Unterscheidung zwischen Demokratien und Autokratien. Diese Klassifizierung sieht auf den ersten Blick nach einem einfachen Unterfangen aus. Dass Deutschland, Österreich und die Schweiz heute Demokratien sind, wird wohl kaum jemand bestreiten. Ebenso unbestritten ist wohl, dass Weißrussland, Nordkorea, China und Äquatorialguinea keine Demokratien sind. Wie aber sieht es mit Albanien, Pakistan, Russland oder Venezuela aus? Welche Voraussetzungen muss ein politisches System erfüllen, um als Demokratie bezeichnet zu werden? Im Folgenden werden wir sehen, dass in der Forschung Einigkeit darüber herrscht, dass regelmäßige, allgemeine, gleiche, freie, direkte und geheime Wahlen das wichtigste Merkmal von Demokratien sind. Allerdings existieren neben dieser eng gefassten Definition auch noch breitere Definitionen von Demokratie.

### 3.2.1 Was ist Demokratie?

Das Wort Demokratie stammt aus dem Griechischen und bedeutet Herrschaft durch das Volk. Diese demokratische Herrschaft beinhaltet drei Dimensionen: Sie geht vom Volk aus, wird durch das Volk selbst (oder durch von ihm gewählte Repräsentant:innen) ausgeübt und wird zum Wohle der Bürger:innen eingesetzt. US-Präsident Abraham Lincoln brachte diese Dimensionen im Jahr 1863 auf den Punkt, als er Demokratie als *„government of the people, by the people, and for the people“* bezeichnete.

Der Begriff Demokratie wurde im antiken Griechenland geprägt, wo im 5. und 4. Jh. v. Chr. in der Stadt Athen erstmals eine solche Staatsform praktiziert wurde. Das Herzstück der attischen Demokratie bestand aus einer Versammlung, der unabhängig vom Einkommen alle volljährigen männlichen Bürger angehörten (Frauen und unfreie Personen, vor allem Sklaven, blieben ausgeschlossen). Diese Versammlung entschied über Krieg und Frieden, Gesetze und die Besetzung von öffentlichen Ämtern. Die täglichen Amtsgeschäfte lagen in den Händen des „Rats der 500“. Dieser Rat war auch für die Organisation der Versammlung und die Erarbeitung von Abstimmungsvorlagen zuständig. Die Mitglieder dieser Regierung wurden von den Bürgern jeweils für ein Jahr mittels Los „gewählt“. Auch die Gerichte wurden mit Bürgern besetzt. Die Bürger Athens waren also direkt an der politischen Entscheidungsfindung sowie deren Umsetzung und Durchsetzung beteiligt.

Eine solche direkte Beteiligung der Bürger:innen ist in modernen Staaten praktisch unmöglich, da die Anzahl der Staatsbürger:innen und die räumlichen Distanzen heute viel größer sind als im Stadtstaat Athen. Vor allem jedoch ist die Komplexität politischer Fragen und Entscheidungen heute insbesondere auf gesamtstaatlicher Ebene so groß geworden, dass eine kompetente Bearbeitung aller politischer Fragestellungen und auftretender gesellschaftlicher Probleme wesentlich mehr Zeit erfordert, als ein:e normale:r Bürger:in in seiner:ihrer Freizeit zur Verfügung hat. In modernen Demokratien entscheiden die Bürger:innen daher in konkreten politischen Sachfragen meist nicht mehr direkt, sondern übertragen die Entschei-

### 3. Grundformen politischer Systeme

---

dungskompetenz an politische Repräsentant:innen, die ihr Amt als Beruf ausüben. Moderne Demokratien sind also überwiegend repräsentative Demokratien, im Gegensatz zur direkten Demokratie im antiken Griechenland. Das wichtigste Element der Demokratie, die Volkssouveränität, ist jedoch auch in repräsentativen Demokratien gewährleistet. Auch hier wirkt das Volk als Souverän und damit ultimativer Inhaber der Staatsgewalt, obwohl die Ausübung dieser Staatsgewalt vom Volk durch Wahlen an politische Entscheidungsträger:innen delegiert wird. In den meisten modernen Demokratien wird dieses Prinzip in der Verfassung festgehalten (siehe Abschnitt 3.2.3).

#### 3.2.2 Merkmale demokratischer Systeme

Da in modernen Demokratien die Ausübung der Staatsgewalt und damit auch die Entscheidungsmacht an politische Repräsentant:innen übertragen wird, sind für das erfolgreiche Funktionieren einer Demokratie zwei Merkmale besonders wichtig: Erstens muss die Entscheidungsmacht vom Volk an die Repräsentant:innen direkt übertragen werden. Dies geschieht durch freie und faire Wahlen. Zweitens wird die Staatsgewalt in regelmäßigen Abständen nur für eine bestimmte Zeit an die Repräsentant:innen übertragen, sodass ihr Mandat zeitlich begrenzt ist. Manche politischen Ämter, wie z.B. die US-Präsidentschaft, sind auf einen eher kurzen Zeitraum begrenzt (vier Jahre, mit einmaliger Wiederwahlmöglichkeit). Andere politische Ämter können länger ausgeübt werden. Die Amtsinhaber:innen müssen sich jedoch in regelmäßigen Abständen einer Wiederwahl stellen. Sie können nur dann im Amt bleiben, wenn die Wählerschaft dies weiterhin befürwortet.

Aus diesen Merkmalen ergibt sich das wichtigste Kennzeichen moderner, repräsentativer Demokratien: Die Besetzung politischer Ämter durch freie und faire Wahlen. Wahlen, welche diesen Gütekriterien entsprechen, verkörpern somit die zwei zentralen Dimensionen einer Demokratie: den politischen Wettbewerb und die Partizipation der Bürger:innen am politischen Geschehen (Dahl 1971). Demokratische Wahlen eröffnen den Bürger:innen die Möglichkeit, Regierende, die nicht in ihrem Sinne handeln, abzuwählen und eine neue politische Führung einzusetzen. Angesichts der Vielzahl unterschiedlicher Interessen, Meinungen und Ideen in einer Gesellschaft sind Konflikte im politischen Alltag vorprogrammiert. Demokratische Wahlen sind daher ein wichtiges Instrument, um solche Konflikte in geordneten Bahnen und auf friedlichem Weg zu lösen. Politische Akteure stellen sich mit ihren politischen Plänen zur Wahl und die Bürger:innen entscheiden, welche Akteure regieren und welche Pläne umgesetzt werden sollen. Wahlen eröffnen somit die Möglichkeit, die Politik und die politische Führung gewaltfrei dem Willen einer Mehrheit der Bürger:innen anzupassen (Przeworski 1991). Weil in der Demokratie eine Abwahl der politischen Führung immer möglich ist, ergibt sich ein disziplinierender Einfluss. Eine demokratische Regierung, die wiedergewählt werden möchte, kann es sich nicht beliebig lange leisten, eine Politik zu verfolgen, die stark von den Interessen der Bürger:innen abweicht. Sie wird damit in der Regel Entscheidungen treffen, die von einer Mehrheit der Bürger:innen unterstützt werden. Damit lösen bzw. mildern demokratische Wahlen auch eines der fundamentalen Probleme der Politik: zu verhindern, dass diejenigen, an welche die

politische Macht delegiert wird, diese Macht für eigene Zwecke und gegen das Volk ausnutzen.

Über die Definition des Konzeptes Demokratie wird in der Forschung lebhaft debattiert. Demokratietheoretiker:innen sind sich einig, dass freie und faire Wahlen das wichtigste Element demokratischer Systeme sind. Einigkeit herrscht auch darüber, dass Demokratie ein mehrdimensionales Konzept ist. Wie viele und welche zusätzlichen Dimensionen das Konzept Demokratie umfasst oder umfassen sollte, bleibt jedoch umstritten. Grundsätzlich gilt wie in Kapitel 2 diskutiert, dass eine Konzeptdefinition mit dem interessierenden theoretischen Argument im Einklang stehen muss. Je nach Forschungsfrage und theoretischem Ansatz kann dabei eine enge oder eine breite Demokratiedefinition sinnvoll sein.

Für Vertreter:innen einer eng gefassten Demokratiedefinition (z.B. Alvarez et al. 1996; Przeworski 1999; Schumpeter 1993 [1942]) genügen das Vorhandensein demokratischer Wahlen und des damit verbundenen politischen Wettbewerbes sowie politische Machtwechsel, um ein politisches System als Demokratie zu bezeichnen. Joseph Schumpeter (1993 [1942]: 428) z.B. definiert Demokratie als „diejenige Ordnung der Institutionen zur Erreichung politischer Entscheidungen, bei welcher einzelne die Entscheidungsbefugnis vermittels eines Konkurrenzkampfs um die Stimme des Volkes erwerben“.

Vertreter:innen eines umfassenderen Demokratiebegriffs argumentieren hingegen, dass neben dem Vorhandensein demokratischer Wahlen noch zusätzliche Bedingungen erfüllt sein müssen (Dahl 1971; Diamond 1999). Als wesentliche Dimensionen eines demokratischen Staates erachtet Dahl (1971) z.B. neben demokratischen Wahlen auch die Rede- und Pressefreiheit, die Verfügbarkeit alternativer Informationsquellen und die Freiheit, sich zu Vereinigungen (z.B. in Form von Parteien oder Interessengruppen) zusammenschließen. Das Konzept Demokratie wird somit primär über die Instrumente und Prozesse definiert, mit deren Hilfe die Interessen und Anliegen der Bürger:innen in Politik umgewandelt werden. Weitere Merkmale, die in umfassenden Demokratiedefinitionen berücksichtigt werden, sind z.B. soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit, Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit, Kontrolle des Militärs durch die zivile Exekutive sowie eine möglichst starke Beteiligung von Bürger:innen an politischen Entscheidungen. Bei diesen zusätzlichen Kriterien stellt sich allerdings die Frage, inwieweit sie Kernelemente der Demokratie an sich erfassen, oder eher mögliche Folgen oder Begleiterscheinungen demokratischer Entscheidungsprozesse sind.

### 3.2.3 Deutschland, Österreich, Schweiz und die Europäische Union

Deutschland, Österreich und die Schweiz sind Demokratien. Das Bekenntnis zur Demokratie ist in allen drei Staaten in der Verfassung verankert. Das österreichische Bundesverfassungsgesetz beginnt mit den Worten: „Österreich ist eine demokratische Republik“ (Artikel 1). Auch das deutsche Grundgesetz stellt in Artikel 20 fest, dass die Bundesrepublik Deutschland ein „demokratischer und sozialer Bundesstaat“ ist. Die Bundesverfassung der Schweiz bekennt sich bereits in der Präambel zur Demokratie.

## 6. Politische Einstellungen und Verhalten

zwar räumlich gesehen einer Partei sehr nahe sein, aber dennoch diese Partei nicht unterstützen, wenn diese auch Positionen aus der entgegengesetzten Richtung vertritt (Fisher 2018; Kramer/Rattinger 1997; Matthews 1979; Merrill/Grofman 1999; Rabinowitz/Macdonald 1989).

Der Vollständigkeit halber gilt es zu erwähnen, dass im Bereich des räumlichen Wählens in der Literatur weitere Modelle zu finden sind, die sich mit der Distanz zwischen Wähler:innen und Parteien befassen, wie beispielsweise das *Compensatory Vote Model* von Kedar (2009).

### 6.5 Wahlverhalten bei Wahlen zum Europäischen Parlament

Seit 1979 können die Bürger:innen der EU-Mitgliedstaaten die Mitglieder des Europäischen Parlaments (EP) direkt wählen. Bereits nach der ersten Wahl zum EP wurden die EP-Wahlen von Reif und Schmitt (1981) als „Wahlen zweiter Ordnung“ bezeichnet. Das Hauptcharakteristikum dabei ist, dass EP-Wahlen sowohl von Wähler:innen als auch Parteien weniger große Bedeutung zugeschrieben werden als nationalen Wahlen. So investieren Parteien und Medien beispielsweise weniger Ressourcen in die EP-Wahlen und Wähler:innen können ein verändertes Wahlverhalten im Vergleich zu nationalen Wahlen an den Tag legen.

Ein gewichtiger Grund für dieses veränderte Wahlverhalten hat laut Reif und Schmitt (1981) damit zu tun, dass bei EP-Wahlen weniger auf dem Spiel steht, die Konsequenzen aus dem Wahlergebnis also als weniger relevant für die Wähler:innen eingeschätzt werden. Dies äußert sich u.a. darin, dass die Wahlbeteiligung bei EP-Wahlen im Schnitt um einiges geringer ist als bei nationalen Wahlen. In Österreich lag diese beispielsweise bei der EP-Wahl im Mai 2019 bei 58,9%, während sie bei der Nationalratswahl im gleichen Jahr im September bei 75,9% lag. Diese Differenz in der Wahlbeteiligung zwischen EP und nationalen Wahlen zieht sich durch die meisten Mitgliedsstaaten der EU (Ausnahme Luxemburg) (Viola 2015).

Ein weiteres Charakteristikum der Wahlen zweiter Ordnung auf Ebene der Europäischen Parlamentswahlen ist, dass Regierungsparteien Stimmenverluste und Oppositionsparteien Stimmengewinne einfahren. Ein wichtiger moderierender Faktor in diesem Zusammenhang ist, wann die EP-Wahlen im nationalen Wahlzyklus stattfinden. Finden die EP-Wahlen kurz vor oder kurz nach einer nationalen Wahl statt, so fallen diese Stimmenverluste – wenn überhaupt – weniger stark aus, während sie in der Mitte des nationalen Wahlzyklus stärker ausgeprägt sind (Weber 2007).

Kleinere und neue Parteien haben bei EP-Wahlen auch größere Gewinnchancen. Da weniger auf dem Spiel steht, kommt es zu weniger strategischen Überlegungen hinsichtlich der Wahlentscheidung. Somit werden auch Parteien gewählt, die im nationalen Kontext – z.B. wegen der Wahlsysteme, Sperrklauseln für den Einzug ins Parlament, usw. – nicht weiter berücksichtigt werden. Dadurch kann es bei EP-Wahlen zu „aufrichtigerem“ bzw. „authentischerem“ Wählen kommen, da womöglich Parteien gewählt werden, die den Präferenzen dieser Wähler:innen näherstehen. In anderen Worten, da EP-Wahlen als weniger wichtig angesehen werden, ist aufrichtiges Wählen wahrscheinlicher als strategisches Wählen. Schlussendlich wird von Reif und Schmitt (1981) angeführt, dass die Anzahl von ungültigen Stimmen bei EP-Wahlen höher ist. Die weniger bedeutende Rolle von EP-Wahlen führt des Weiteren auch dazu, dass nicht europäische

Themen den EP-Wahlkampf dominieren, sondern dass sich die Kampagnen mit nationalen Themen aus den jeweiligen EU-Mitgliedsstaaten beschäftigen (Plescia et al. 2020).

Diese von Reif und Schmitt 1981 aufgestellten Thesen wurden in weiterer Folge mehrfach empirisch getestet. Beispielsweise haben Hobolt et al. (2009) gezeigt, dass die Kampagnenstrategien während der EP-Wahlen einen Effekt darauf haben, ob Wähler:innen bei EP-Wahlen Regierungsparteien unterstützen. Ist das Kampagnenklima EU-negativ, dann verlieren Regierungsparteien, die normalerweise EU-positive Positionen vertreten, mehr, als wenn die Kampagne neutral verläuft. Auch die Parteipositionen hinsichtlich der europäischen Integration zeigen generell wenig Effekte auf die Wahlentscheidungen von Wähler:innen. Hix und Marsh (2007) zeigten in ihrer Analyse der EP-Wahlen zwischen 1979 und 2004, dass die EU-Positionen von Parteien deren Erfolg bei EP-Wahlen kaum beeinflusst. Gleichzeitig muss angefügt werden, dass in späteren EP-Wahlen 2009, 2013 und 2019 besonders EU-kritische Parteien Wahlgewinne erreichen konnten – und daher EU-Positionen doch von Wichtigkeit sein könnten. Generell kommt die Literatur jedoch selbst nach 30 Jahren EP-Wahlen zum Schluss, dass diese nach wie vor als Wahlen zweiter Ordnung eingeschätzt werden können (z.B. Kritzinger et al. 2020).

## 6.6 Demokratische Repräsentation

Sobald man sich in der Politikwissenschaft mit Erklärungsmodellen zu Wahlverhalten beschäftigt, schließt man an das Thema der Repräsentation an. Idealtheoretisch sehen repräsentative Demokratien einen kontinuierlichen Prozess bzw. einen ständigen Austausch zwischen Wähler:innen und ihren Repräsentant:innen vorher. Hanna Pitkin (1967) hat hierfür vier unterschiedliche Arten von Repräsentation festgemacht.

Eine Art der Repräsentation wird als *deskriptive Repräsentation* bezeichnet. Die Frage, die sich hier stellt, ist, inwiefern die Repräsentant:innen ihrer Wählerschaft ähneln, die sie repräsentieren sollen. Die Ähnlichkeiten zwischen den Repräsentant:innen und den Repräsentierten beziehen sich dabei auf sozio-demographische und sozio-ökonomische Faktoren wie Geschlecht, Einkommen, Bildung, religiöse Bekenntnisse, Alter oder Migrationshintergrund. Eine weitere Art der Repräsentation stellt die *symbolische Repräsentation* dar: Wofür steht der:die Repräsentant:in in den Augen seiner:ihrer zu repräsentierenden Bürger:innen? Welche Bedeutung und Symbolkraft wird ihm:ihr zugeschrieben? Ein Beispiel hierfür ist der ehemalige US-Präsident Donald Trump, der symbolisch angab, die „Vergessenen“ und die „Zurückgelassenen“ zu repräsentieren, obwohl er weder deskriptiv noch inhaltlich mit dieser Gruppe der Repräsentierten viel gemein hatte. Vielmehr wird der:die Repräsentant:in nach ihrem:seinem Grad der Akzeptanz unter den Repräsentierten bewertet. Die *substantive Repräsentation* wird als nächste Art der Repräsentation dargestellt, bei welcher es um die Politikinhalte des:der Repräsentant:in geht. Repräsentiert der:die Repräsentant:in die politischen Präferenzen der von ihm:ihr repräsentierten Gruppen? Werden die Interessen der Repräsentierten aufgegriffen, gefördert und so repräsentiert? Es geht also um die Handlungen, die für die und im Interesse der Repräsentierten von Seiten der Repräsentant:innen ergriffen werden. Die Repräsentant:innen werden danach beurteilt, inwieweit

## 6. Politische Einstellungen und Verhalten

---

die von ihnen erzielten politischen Ergebnisse dem Interesse ihrer Wähler:innen dienen. In anderen Worten: Werden die Präferenzen, die die Wähler:innen durch ihr Wahlverhalten bzw. die Auswahl eines:einer Repräsentanten:Repräsentantin – beispielsweise einer Partei – ausdrücken, von diesen dann auch vertreten? Bei dieser Art der Repräsentation geht es also weder um deskriptive Ähnlichkeiten noch um Symbolkraft, sondern ob und wie die inhaltlichen Präferenzen der Wähler:innen von den Repräsentant:innen repräsentiert werden. Daran schließt die *formale Repräsentation* an. Diese beinhaltet die institutionellen Vorkehrungen zur Ermöglichung von Repräsentation. Die formale Repräsentation beinhaltet zwei Dimensionen: Autorisierung (*authorization*) und Verantwortlichkeit bzw. Rechenschaftspflicht (*accountability*). Durch die Autorisierung kann der:die Repräsentant:in überhaupt erst in die Rolle des:der Repräsentanten:Repräsentantin schlüpfen und die Repräsentationsrolle wahrnehmen. Dies passiert in der Regel durch den Wahlakt, also zu Beginn des Repräsentationsakts. Die Dimension der Verantwortlichkeit passiert am Ende des Repräsentationsakts und beinhaltet die Möglichkeit der Wähler:innen, ihre Repräsentant:innen für ihre Repräsentationsarbeit zu belohnen oder aber zu bestrafen, wenn diese nicht ihren Präferenzen und Interessen gemäß gehandelt haben. Repräsentant:innen haben in letzterem Fall nicht responsiv auf die Wähler:innenwünsche reagiert und werden dafür sanktioniert. Theoretische Weiterentwicklungen zu demokratischer Repräsentation finden sich u.a. bei Urbinati und Warren (2008) oder Mansbridge (1999).

### 6.6.1 Retrospektives und prospektives Wählen

Autorisierung und Rechenschaftspflicht sind Zwillingprozesse. Einerseits können Wähler:innen ihre Repräsentant:innen nachträglich für ihre vergangenen Aktivitäten belohnen oder bestrafen, andererseits können sie die Repräsentant:innen auch prospektiv, also für die Zukunft, ermächtigen, in ihrem Namen zu handeln. Diese Ermächtigung erfolgt aufgrund der vorgeschlagenen politischen Positionen, Wahlversprechen oder auch Führungsqualitäten von Kandidat:innen. Autorisierung und Rechenschaftspflicht finden zum selben Zeitpunkt statt, normalerweise am Tag der Wahl. Teilweise können sich diese beiden Prozesse auch widersprechen: Die Partei, die man für vergangene Leistungen bestrafen möchte, repräsentiert gleichzeitig die eigenen Präferenzen für die zukünftige Gestaltung von Politik am besten. Entscheidungen werden dabei auch vom Wahlsystemtypus beeinflusst (siehe Kapitel 5). Dies wird in der Literatur als retrospektives und prospektives Wählen bezeichnet. Während der Legislaturperiode können Parteien dann mehr oder weniger responsiv auf die Wähler:innenwünsche reagieren bzw. diese umsetzen.

Retrospektives Wählen hat sich besonders mit ökonomischem Wählen beschäftigt. Dabei wird davon ausgegangen, dass die Bewertung der Leistung der Parteien bzw. der Regierung in der vergangenen Legislaturperiode hauptsächlich von ökonomischen Faktoren und deren Bewertung abhängt. In anderen Worten, „An electorate that treats elections [...] as referenda on the incumbent administration’s handling of the economy“ (Fiorina 1981: 26). Aggregierte Leistungsindikatoren wie die Höhe der Arbeitslosigkeit, das Bruttoinlandsprodukt oder die Inflations-

entwicklung werden als Bemessungsgrundlage herangezogen. Die zugrundeliegende These lautet, dass es sich umso positiver auf die Bewertung der Arbeit der Regierung bzw. Regierungsparteien auswirkt, je besser sich diese ökonomischen Indikatoren darstellen. Sie werden also nicht bestraft, sondern belohnt.

Es gibt nun zwei Möglichkeiten, wirtschaftliche Leistungen zu bemessen: Dies kann sowohl mittels der Bewertung der allgemeinen volkswirtschaftlichen oder aber der eigenen individuellen ökonomischen Lage erfolgen. Bei ersterer Bewertung wird ein soziotropischer Ansatz verfolgt (allgemeine ökonomische Bewertung: Geht es dem Land gut bzw. besser?), bei zweiterem ein egozentrischer Ansatz (persönliche Betroffenheit durch die wirtschaftliche Lage: Geht es mir persönlich wirtschaftlich gut bzw. besser?). Allgemein können soziotropische Faktoren retrospektives ökonomisches Wählen besser erklären als egozentrische Faktoren.

Verschiedenste wissenschaftliche Arbeiten konnten auch tatsächlich nachweisen, dass „when economic conditions are bad, citizens vote against the ruling party“ (Lewis-Beck 1991: 2), auch wenn es einige Störfaktoren gibt, die diesen Zusammenhang abschwächen können. Die öffentliche Bewertung der wirtschaftlichen Entwicklung und deren Einfluss auf die Wahlentscheidung hängt systematisch davon ab, welche und wie viel Informationen die Wähler:innen haben, ob sie eine starke Parteiidentifikation mit einer der Regierungsparteien entwickelt haben und welche Präferenzen sie besitzen und als wichtig erachten (z.B. Duch et al. 2000; De Vries/Giger 2014).

Aber auch institutionelle Gegebenheiten sind von Wichtigkeit, u.a. auch induziert durch die Wahlsysteme, die zur Anwendung kommen. Bei Ein-Parteien-Regierungen ist diese Verantwortungszuschreibung für schlechte wirtschaftliche Performanz einfacher handzuhaben als dies bei Koalitionsregierungen der Fall ist. Dort wird die Verantwortungszuschreibung verwässert (Hobolt et al. 2013; Powell 2000), da aufgrund von Kompromissfindungen und Koalitionsstreitigkeiten von den Wähler:innen weniger gut ausgemacht werden kann, ob der:die Seniorpartner:in oder der:die Juniorpartner:in für die wirtschaftliche Entwicklung verantwortlich ist. Sehr häufig wurde in der Literatur ermittelt, dass die größte Partei in Koalitionsregierungen – also die Partei des:der Premierministers:Premierministerin bzw. des:der Bundeskanzlers:Bundeskanzlerin – stärker für wirtschaftliche Misserfolge abgestraft wurde, v.a. wenn man der *Issue-Owner* des Themas Wirtschaft ist (Plescia/Kritzinger 2018). Gleichzeitig zeigt neuere Forschung auf, dass auch die Juniorpartner:innen von retrospektivem Wählen nicht verschont bleiben, v.a. wenn sie für wirtschaftliche Belange verantwortlich zeichnen und dies durch Koalitionsstreitigkeiten noch untermauert wird (Plescia/Kritzinger 2022). Aber auch andere institutionelle Faktoren, wie beispielsweise eine föderale Struktur oder Minderheitsregierungen können die Verantwortungszuschreibungen verwässern.

### 6.6.2 Strategisches und aufrichtiges Wählen

Wie aus der *Issue-Voting*-Literatur ersichtlich ist, können Wähler:innen auch eine ungefähre Vorstellung davon haben, was ihr bevorzugtes Wahlergebnis sein sollte, bevor sie zur Wahlurne schreiten. In parlamentarischen Systemen betrifft dies

## 8. Interessengruppen und soziale Bewegungen

---

aus, unterscheidet jedoch vier Typen des Kapitalismus. Diese vier Typen lassen dann unterschiedliche Entwicklungsmuster erkennen, in denen politische Parteien verschiedene Optionen besitzen. Die vier Typen ergeben sich durch die Kombination zweier Dimensionen: Einmal, ob Staaten starke oder schwache Interventionsstaaten sind, und zum anderen, ob Staaten universalistisch oder partikular intervenieren. Staaten, die universalistisch ausgerichtet sind und stark intervenieren, sind egalitäre Staaten. Schweden und Dänemark werden hierfür als exemplarisch angesehen. Staaten, die universell ausgerichtet sind, aber wenig intervenieren, sind wettbewerbsorientierte Staaten. Die USA und das Vereinigte Königreich gehören hierzu. Die partikularistischen Staaten mit starker Staatsintervention machen den statusorientierten Kapitalismus aus. Hierzu werden meist Frankreich, Deutschland und die Niederlande gezählt. Aber sicherlich passt Österreich auch in diese Gruppe. Schließlich ergibt die Kombination schwacher staatlicher Eingriffe und Partikularität den klientelistischen Kapitalismus (*captured capitalism*), der vor allem in den mediterranen Ländern vorzufinden ist. Nicht alle Länder fallen gleich gut in diese Gruppen. Die Schweiz gilt als ein Land, das sowohl deutliche Züge eines statusorientierten Kapitalismus besitzt, durch die geringere staatliche Intervention aber auch Züge des wettbewerbsorientierten Kapitalismus verzeichnet.

Anhand dieser Typologie und den sozialstrukturellen Bedingungen haben Politikwissenschaftler:innen verschiedene Szenarien entwickelt, welche Möglichkeiten politische Parteien in den verschiedenen Kapitalismustypen besitzen und welche Strategien sie anwenden können. Damit hinterfragen sie die Prämisse der Forschung zu Parteienfamilien, die Parteienverhalten über alle Länder gleich annimmt. Dem entgegen manche Autor:innen, dass sich Parteien gleicher Parteienfamilien in verschiedenen Kontexten anders verhalten (siehe auch Manow et al. 2018).

### 8.2 Soziale Bewegungen

Der nächste Teil dieses Kapitels beleuchtet soziale Bewegungen. Wir starten wie schon bei den Interessengruppen mit der Frage, was eine soziale Bewegung ist, und nehmen Bezug zum deutschsprachigen Raum. Danach befassen wir uns mit Faktoren, welche die Entstehung und den Erfolg sozialer Bewegungen beeinflussen. Die drei wichtigsten Erklärungsvariablen, die aus dieser Diskussion hervorgehen, illustrieren wir abschließend mit empirischen Untersuchungen.

#### 8.2.1 Was ist eine soziale Bewegung?

Soziale Bewegungen entstehen aufgrund einer spezifischen gesellschaftlichen Problemlage, z.B. Armut, Umweltrisiken, Diskriminierung, Angst vor Überfremdung oder Arbeitslosigkeit. Sie umfassen und vernetzen eine relativ große Gruppe von Menschen, die eine konfliktorientierte Haltung gegenüber bestimmten anderen Akteuren einnehmen und eine gemeinsame Identität und gemeinsame Überzeugungen besitzen (Meyer/Tarrow 1998; Weldon 2011). Soziale Bewegungen unterscheiden sich von Interessengruppen und Parteien. Ihre organisatorischen Strukturen sind dezentralisierter und sie sind meist weniger hierarchisch, partizipativer, flexibler und kurzlebiger als diejenigen von Interessengruppen und Parteien. So

weisen sie z.B. keine formelle Mitgliedschaft und Führung auf und sind aus juristischer Sicht nicht als Vereine, Stiftungen oder Verbände konstituiert.

Verbände bzw. Interessengruppen können an sozialen Bewegungen beteiligt sein und entstehen oftmals sogar daraus (z.B. grüne Parteien aus der Umweltbewegung). In der Regel kann jedoch keine einzelne Organisation oder Person für sich beanspruchen, eine ganze soziale Bewegung zu repräsentieren und zu führen. Soziale Bewegungen können somit als soziale Netzwerke betrachtet werden, die Organisationen und Einzelpersonen umfassen, wobei die Grenzen des teilnehmenden Personenkreises unschärfer und instabiler sind als bei einer Interessengruppe oder politischen Partei. Beispiele sozialer Bewegungen sind die Arbeiterbewegung, Bauernbewegung, Frauenbewegung und Friedensbewegung zu Beginn des 20. Jh., die Student:innen- bzw. Jugendbewegungen Ende der 1960er und Anfang der 1980er Jahre, die Protestbewegung gegen Atomkraftwerke in den 1970er und 1980er Jahren, die Friedensbewegung der 1980er Jahre, fremdenfeindlich-nationalistische Bewegungen in den 1990er Jahren, die Anti-Globalisierungsbewegung, die seit Ende der 1990er Jahre aktiv ist, die Gelbwesten in Frankreich, sowie die Klimabewegung und die Protestbewegungen gegen Covid-19 Maßnahmen der jüngsten Zeit.

Das Handlungsinstrumentarium, das soziale Bewegungen zum Erreichen kollektiver Ziele einsetzen, umfasst einerseits traditionelle politische Mittel wie Versammlungen, Demonstrationen, Petitionen und Streiks, andererseits aber auch unkonventionelle Mittel wie passiven Widerstand gegen die Staatsgewalt, Verkehrsblockaden, Häuserbesetzungen bis hin zur Gewalt gegen Sachgegenstände und Personen (Snow et al. 2004). Im Vergleich zu klassischen Interessengruppen (z.B. Gewerkschaften) üben soziale Bewegungen ihren Einfluss auf politische Entscheidungen vorwiegend mittels Protest und Information stärker über die breite Öffentlichkeit aus (Keck/Sikkink 1998; Meyer/Tarrow 1998). Die Öffentlichkeit, in der sich die nichtinstitutionalisierte Protestpolitik sozialer Bewegungen abspielt, ist der *Raum*, in dem politische Entscheidungsträger:innen und Wählerschaft – häufig über die Massenmedien vermittelt – kommunizieren.

Obschon soziale Bewegungen (z.B. solche religiöser Art) bereits in der Antike existierten, befasst sich die Politikwissenschaft heute meist mit den *neuen* sozialen Bewegungen, die ab Mitte der 1960er Jahre entstanden. Wir verwenden hier fortan den Begriff soziale Bewegung der Einfachheit halber für solche Bewegungen in allen Zeitepochen.

Vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis in die 1960er Jahre schien in den meisten liberal-demokratischen Industriestaaten die Parteien- und Verbandsdemokratie (einschließlich korporatistischer Formen der Sozialpartnerschaft) in der Lage zu sein, die wichtigsten gesellschaftlichen Probleme wirksam zu lösen. Demokratie wurde sowohl in pluralistischen als auch in korporatistischen Systemen im Sinne eines Verhandlungssystems politischer Eliten verstanden, welche die Interessen ihrer jeweiligen Anhängerschaft zuverlässig vertraten.

Dieses Demokratiekonzept geriet ab Anfang der 1960er Jahre zuerst in den USA, dann auch in Europa, unter Druck. Die Bürgerrechtsbewegung in den USA mach-

## 8. Interessengruppen und soziale Bewegungen

---

te in den frühen 1960er Jahren den Anfang. Sie wurde von afroamerikanischen Bürger:innen als Protest- und Massenbewegung gegen rassistisch geprägte Diskriminierungen initiiert. Ihr schlossen sich die Frauenbewegung und religiöse Gruppen an, die ebenfalls eine gesellschaftliche Besserstellung bzw. Gleichberechtigung anstrebten. Im Jahr 1964 gab das politische Establishment der USA nach jahrzehntelanger Verweigerung nach und schuf die Civil Rights Bill. Es folgte die Protestbewegung gegen den Vietnamkrieg und ab 1967/68 entstand in Europa und Nordamerika eine breite Protestwelle gegen die politischen und wirtschaftlichen Eliten – die sogenannte 68er-Bewegung, die wohl am besten als Studierendenrevolte in Erinnerung geblieben ist (Snow et al. 2004).

Diese Bewegungen in Europa entwickelten sich nicht nur in damals politisch und wirtschaftlich krisengeplagten Staaten wie etwa Italien, sondern auch in politisch stabilen und wirtschaftlich prosperierenden Ländern wie Deutschland und der Schweiz. Sie besetzten innerhalb weniger Jahre viele wichtige, von der politischen und wirtschaftlichen Elite bislang vernachlässigte oder verdrängte Themenfelder. Beispiele sind Umweltschutz, Gleichstellung der Frau, Atomenergie, Schwangerschaftsabbruch, Einwanderung und Multikulturalität, Friedenspolitik, Solidarität mit Entwicklungsländern und Diskriminierung von Homosexuellen (Kriesi et al. 1995).

Viele politikwissenschaftliche Studien (z.B. Arce/Bellinger 2007; Arce/Kim 2011; Bellinger/Arce 2011; Goldstone 2004; Meyer/Tarrow 1998; Rucht 2020; Tarrow 1998) haben dargelegt, dass soziale Protestbewegungen zu einem dauerhaften Element moderner Demokratien geworden sind. Sie zeigen auch, dass diese Form politischer Beteiligung in Bezug auf Themenspektrum, Diversität beteiligter Personengruppen, Häufigkeit von Protestaktivitäten sowie Professionalisierung und Institutionalisierung eine starke Expansion durchläuft und mittlerweile in modernen Demokratien im Bereich der *konventionellen Politik* angelangt ist. Doch auch in anderen Ländern auf der ganzen Welt sind politische Proteste zum Zeichen des Kampfes für die Demokratie geworden, auch wenn diese Sichtweise sehr optimistisch ist (McCabe 2021).

Im Gegensatz zu vielen Interessengruppen (z.B. Gewerkschaften und Arbeitgeber:innenverbänden) und den Parteien grenzen sich soziale Bewegungen meist klar vom politischen Establishment ab. Sie verweigern sozusagen eine Mitwirkung im politischen *Machtkartell* und durchlaufen in der Regel bestimmte Phasen (vgl. Rucht 2020; Snow et al. 2004):

1. Thematisierung eines spezifischen Problems und Formulierung von Alternativen (normalerweise im Sinne einer Opposition gegen bestehende Gesetze, Institutionen oder gesellschaftliche Verhältnisse);
2. Herausbildung einer Führerschaft mit (meist dezentralisierten) organisatorischen Strukturen;
3. Öffentlichkeitswirksame Handlungen wie etwa Demonstrationen und Blockaden;
4. Etablierung der Bewegung;

5. Auflösung, weil das Problem gelöst ist oder die Problematik durch andere Akteure absorbiert wurde (z.B. Arbeiter:innenbewegung zu Gewerkschaften und Arbeiter:innenparteien; Umweltbewegung zu grünen Parteien und Umweltverbänden) oder weil ein anderes politisches Problem das bisherige Anliegen verdrängt.

Bei vielen sozialen Bewegungen ist beobachtbar, dass sie über die Zeit hinweg ihre organisatorischen Strukturen den Interessengruppen und Parteien angleichen und zunehmend konventionelle politische Einflussmechanismen benutzen (Wahlen, Gerichte, Lobbying). Ein Beispiel dafür ist, dass bestimmte hierarchisch organisierte Gruppen zunehmend die Führerschaft in einer Bewegung beanspruchen. Beispiele sind die Vereinigung für eine Besteuerung von Finanztransaktionen zum Nutzen der Bürger:innen (ATTAC) in der Anti-Globalisierungsbewegung und große Nichtregierungsorganisationen (NGOs) wie z.B. Greenpeace im Umweltschutz. Die Arbeiterbewegung, die sich in der zweiten Hälfte des 19. Jh. entwickelte und zur Gründung von Gewerkschaften sowie kommunistischen und sozialistischen Parteien führte, ist ebenfalls ein gutes Beispiel. Vergleichbar mit Interessengruppen ist insbesondere, dass solche Organisationen von zahlenmäßig eher kleinen, professionellen Eliten geführt werden. Der Großteil der Mitglieder beschränkt das Engagement auf gelegentliches Partizipieren an Kampagnen der Bewegung und finanzielle Unterstützung. Dennoch bleiben in der Regel deutliche Unterschiede zwischen klassischen Interessengruppen und sozialen Bewegungen bestehen, vor allem in Bezug auf organisatorische Elemente (dezentralisiertere Strukturen), das Handlungsrepertoire (mehr unkonventionelle Mittel) und die Identifikation als Gegenkraft zum politischen Establishment. Wir kommen weiter hinten auf mögliche Gründe dafür zu sprechen.

Die Reaktion der *konventionellen* Politik auf soziale Bewegungen kann von Integration bis Repression reichen. Repression ist dann besonders häufig, wenn Proteste zu Gewalt gegen Sachgegenstände oder Personen führen. Beispiele sind die Jugendunruhen in Europa Anfang der 1980er Jahre oder die *Banlieue-Intifada* im November 2005 in Frankreich. Integration kommt eher dann zustande, wenn soziale Bewegungen größere Wähler:innenkreise mobilisieren können und sich ihre Forderungen eher in die bestehenden Parteien, Interessengruppen und öffentlichen Behörden integrieren lassen. Bei vielen sozialen Bewegungen lässt sich in der Tat beobachten, dass ihre Anliegen mit der Zeit mindestens teilweise in Parteien und Interessengruppen einfließen – so z.B. bei der Umweltbewegung, der feministischen Bewegung und nationalistischen Bewegungen. Umwelt- und Frauenanliegen wurden beispielsweise sehr wirksam in linke Parteien integriert (z.B. grüne und sozialdemokratische Parteien). Nationalistische Anliegen wurden in rechtspopulistische Parteien aufgenommen. Politische Opportunitätsstrukturen spielen eine wichtige Rolle dabei, ob und wie es gelingt, Protestbewegungen und ihre Anliegen stärker zu institutionalisieren und in Interessengruppen und/oder Parteien zu transformieren (mehr dazu hinten).

Seit Mitte der 1990er Jahre hat die grenzüberschreitende Koordination und Kooperation zwischen sozialen Bewegungen stark zugenommen. Obschon NGOs wie Amnesty International oder Greenpeace bereits in den 1980er und 1990er Jahren

deshalb unterschiedliche politische und institutionelle Rahmenbedingungen auf nationaler Ebene (Mattli/Slaughter 1998a, 1998b) sowie den Einfluss der nationalen öffentlichen Meinung zur EU (Alter 2000, 2001, 2009).

### **Transnationales Interesse privater Akteure**

Dieser Erklärungsansatz führt die integrative Wirkung des EuGH auf den Einfluss privater, organisierter Interessen zurück. Durch das vom EuGH geschaffene Prinzip der direkten Anwendbarkeit des EU-Rechts in nationalen Gerichten haben EU-Bürger:innen sowie Interessengruppen und Firmen bereits früh ein starkes Interesse am EU-Recht entwickelt. Dank der zahlreichen Einflusskanäle auf das EU-Recht und den EuGH auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene sind nach Meinung der Vertreter:innen dieses Erklärungsansatzes die Kosten einer Klage recht gering. Dieser Umstand erlaubt vielen, auch relativ schwach organisierten Interessengruppen einen gewissen Einfluss auf die Entwicklung des EU-Rechts in diversen Bereichen. Beispiele sind der Einfluss von Frauenbewegungen, Gewerkschaften und Konsument:innenverbänden auf die Entwicklung des EU-Rechts im Bereich der Gleichberechtigung, des Arbeitsrechts und des Konsument:innenschutzes (Pollack 1997).

Stone Sweet und Brunell (1998a, 1998b) argumentieren, dass insbesondere internationalen Handel treibende Firmen sehr aktive Prozessführer im EU-Rechtssystem seien. Sie behaupten, dass diese Akteursgruppe aufgrund ihres starken Interesses am freien Handel mit Gütern und Dienstleistungen für die Entwicklung des EU-Rechtssystems hin zu mehr wirtschaftlicher Integration verantwortlich sei. Weiler (1994) weist auf die dominante Rolle der gesellschaftlichen Eliten im europäischen Integrationsprozess hin, die aufgrund ihrer vergleichsweise hohen wirtschaftlichen und sozialen Verflechtung ein Interesse an einer stärkeren wirtschaftlichen und politischen Integration Europas haben. Kritiker:innen dieses Ansatzes argumentieren hingegen, er überschätze den Einfluss von Interessengruppen, Firmen, politischen Eliten und des EuGH und unterschätze die Fähigkeit der EU-Mitgliedstaaten, den Handlungsspielraum der supranationalen Organe der EU zu begrenzen.

### **Strategisches Verhalten nationaler Regierungen**

Dieser Ansatz argumentiert, die Konstitutionalisierung und Integration Europas sei eine bewusst gewählte Strategie der nationalen Regierungen. Die Regierungen der Mitgliedstaaten haben dem EuGH, den nationalen Gerichten und den privaten Interessengruppen implizit gestattet, die rechtliche Integration Europas voranzutreiben, da es in ihrem eigenen politischen und wirtschaftlichen Interesse sei. Sollte der EuGH jedoch eine Entscheidung fällen, die den Interessen der Regierungen widerspricht, so könnten diese als Vertreterinnen souveräner Staaten diese Entscheidung einfach ignorieren oder ihn gemeinsam mit den anderen Mitgliedstaaten durch eine entsprechende Anpassung der europäischen Verträge aushebeln. Solche Interessenskollisionen zwischen nationalen Regierungen und dem EuGH sind in der Realität jedoch höchst selten. Dieser Umstand bedeutet nicht, dass einer der beiden Akteure gegenüber dem jeweils anderen machtlos ist.

## 12. Die Judikative

---

Einerseits kann sich der EuGH bei seinen Entscheidungen darum bemühen, die Interessen der Mitgliedstaaten nicht allzu sehr zu verletzen. Andererseits können Regierungen Urteile des EuGH akzeptieren, die allenfalls ihren kurzfristigen, aber nicht ihren langfristigen Interessen widersprechen. Letztere Situation kann z.B. dann eintreten, wenn die aus einem Urteil des EuGH erwachsenden Kosten für einen kleinen Teil der Industrie eines Landes zwar hoch sind, der potentielle Nutzen für die gesamte Volkswirtschaft jedoch ebenfalls groß ist (Garrett 1995; Garrett/Weingast 1993).

Die Kritik an diesem Erklärungsansatz entspricht dem Gegenteil der Kritik am vorher diskutierten, transnationalen Ansatz: Sie postuliert, dass ersterer den EU-Institutionen zu wenig Autonomie und ein zu geringes Maß an Durchsetzungsvermögen gegenüber den Mitgliedstaaten beimesse. Zudem zeigen empirische Studien, dass der EuGH recht häufig kostspielige Entscheidungen gegen den Willen nationaler Regierungen getroffen hat (Mattli/Slaughter 1995). Allerdings stellen diese Studien auch fest, dass die Handlungsfreiheit des EuGH begrenzt ist, insbesondere dann, wenn einem großen Wahlanteil in einem Land oder einer großen Zahl von Mitgliedstaaten durch ein Urteil des EuGH hohe Kosten aufgebürdet würden (Pollack 2003).

Trotz der in diesem letzten Teil des Kapitels zum Ausdruck gekommenen Vielfalt von sich teilweise widersprechenden Erklärungen ist sich die politikwissenschaftliche Forschung weitgehend einig, dass der EuGH im europäischen Integrationsprozess eine sehr wichtige Rolle im Sinne einer selbstständigen, konzentrierten Verfassungsgerichtsbarkeit spielt. Dass sich dieser Sachverhalt nicht durch ein einfaches Modell erklären lässt, hängt mit den vielen politischen Akteuren und Entscheidungsebenen zusammen, die diese Entwicklung geprägt haben. Wenn die einzelnen Erklärungsansätze den einen oder anderen Faktor (z.B. transnationale Akteure, strategische Interessen von Regierungen) betonen, geschieht dies meist aufgrund forschungstaktischer Überlegungen, d.h. aufgrund des Interesses der Forschenden, die Effekte bestimmter Erklärungsfaktoren vertieft zu untersuchen. Die gegenwärtige Forschung in diesem Bereich versucht denn auch, theoretische Modelle zu entwickeln, welche die Erklärungsfaktoren mehrerer Ansätze zusammenführen und ihre relative Bedeutung untersuchen. Parallel dazu sind empirische Untersuchungen gefragt, welche die kausalen Effekte der unterschiedlichen Faktoren schätzen und so ihre relative Bedeutung eruieren können (siehe z.B. Blauberger/Schmidt 2017; Schmidt 2018).

### 12.4 Fazit

Mit diesem Kapitel schließen wir denjenigen Teil des Buches ab, der sich mit den drei wichtigsten Institutionen des zentralen politischen Entscheidungssystems befasst. Die Judikative spielt insbesondere in modernen Demokratien eine sehr wichtige Rolle. Sie interpretiert das existierende Recht, wendet es an und entwickelt es durch die Rechtsprechung weiter. Vor allem durch die Verfassungsgerichtsbarkeit, auf die wir uns in diesem Kapitel konzentriert haben, übt die Judikative damit auch einen beträchtlichen politischen Einfluss aus. Stone Sweet (2020) konstatiert denn auch: „Verfassungsrecht ist politisches Recht“. Die Beschreibung der Verfas-

sungsgerichtsbarkeit in Deutschland, Österreich und der Schweiz hat gezeigt, dass die drei Staaten Rechtsstaatlichkeit und Demokratie unterschiedlich stark gewichten und deshalb die Bedeutung der Verfassungsgerichtsbarkeit im Ländervergleich variiert. Die Verfassungsgerichtsbarkeit ist in der Schweiz insgesamt schwach, in Deutschland und Österreich hingegen stark. Sie hat gezeigt, dass sich die Charakteristika und der politische Einfluss der Verfassungsgerichtsbarkeit qualitativ und quantitativ messen lassen und dass Unterschiede zwischen Staaten und auch auf der Ebene der EU systematisch und theoriegeleitet erklärt werden können. Wir verlassen nun den Rahmen des einzelnen politischen Systems und des Vergleichs nationaler politischer Systeme und wenden uns im letzten Kapitel dieses Buches der internationalen und globalen Ebene zu.

### Literaturempfehlungen

*Zur Funktion und Struktur der Verfassungsgerichtsbarkeit in Deutschland, Österreich, der Schweiz, der Europäischen Union und weltweit:*

Stone Sweet, Alec (2020): Rights, Constitutions and Judicial Power. In: Caramani, Daniele (Hrsg.): Comparative Politics. Oxford: Oxford University Press.

Vanberg, Georg (2015): Constitutional courts in comparative perspective: A theoretical assessment. *Annual Review of Political Science*, 18, 167–185.

Epperly, Brad (2017) Political competition and de facto judicial independence in non-democracies. *European Journal of Political Research*, 56(2), 279–300.

Brouard, Sylvain/Höhnige, Christoph (2017): Constitutional courts as veto players: Lessons from the United States, France and Germany. *European Journal of Political Research*, 56(3), 529–552.

Plöhn, Jürgen (2021): Bundesverfassungsgericht. In: Andersen, Uwe/Woyke, Wichard (Hrsg.): Handwörterbuch des Politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden: Springer VS.

Noll, Alfred J./Welan, Manfred (1997): Verfassungsgerichtsbarkeit. In: Dachs, Herbert/Gerlich, Peter/Gottweis, Herbert (Hrsg.): Handbuch des Politischen Systems Österreichs: Die Zweite Republik. Wien: Manz'sche Verlags- und Universitätsbuchhandlung. 162–172.

Rothmayr, Christine/Varone, Frédéric (2014): Institutionen: Justiz. In: Knoepfel, Peter et al. (Hrsg.): Handbuch der Schweizer Politik. Zürich: NZZ Verlag. 219–242.

Thiele, Alexander (2019): Europäisches Prozessrecht. Verfahrensrecht vor dem Gerichtshof der Europäischen Union. München: Beck eLibrary.

Craig, Paul/De Burca, Grainne (2020): EU Law: Text, Cases and Materials. Oxford: Oxford University Press.

*Einen Überblick zum Stand der politikwissenschaftlichen Forschung rund um den Themenbereich Demokratie, gerichtliche Unabhängigkeit und Rechtsstaatlichkeit bieten folgende Artikel:*

Helmke, Gretchen/Rosenbluth, Frances (2009): Regimes and the Rule of Law: Judicial Independence in Comparative Perspective. *Annual Review of Political Science*, 12, 345–366.

Hilbink, Lisa/Ingram, Matthew C. (2019): Courts and Rule of Law in Developing Countries. In: Oxford research encyclopedia of politics. Hartzell, Caroline A/Hoddie, Matthew (2019): Power Sharing and the Rule of Law in the Aftermath of Civil War. *International Studies Quarterly*, 63(3), 641–653.

*Zum politischen Einfluss der Verfassungsgerichtsbarkeit auf nationaler Ebene:*

Stone Sweet, Alec (2000): Governing With Judges: Constitutional Politics in Western Europe. Oxford: Oxford University Press.

## 12. Die Judikative

---

Tate, Neal C./Vallinder, Torbjörn (Hrsg.) (1995): *The Global Expansion of Judicial Power*. New York: New York University Press.

Epp, Charles (1998): *The Rights Revolution: Lawyers, Activists, and Supreme Courts in Comparative Perspective*. Chicago: University of Chicago Press.

Hirschl, Ran (2007): *Towards Juristocracy: The Origins and Consequences of the New Constitutionalism*. Cambridge: Harvard University Press.

*Zum politischen Einfluss des Europäischen Gerichtshofes:*

Stone-Sweet, Alec (2004): *The Judicial Construction of Europe*. Oxford: Oxford University Press.

Alter, Karen (2009): *The European Court's Political Power: Selected Essays*. Oxford: Oxford University Press.

Kelemen, R. Daniel (2012): The political foundations of judicial independence in the European Union. *Journal of European Public Policy*, 19(1), 43–58.

*Spezialisierte Fachzeitschriften, die sich mit der Schnittstelle von Politik und Justiz befassen:*

*Journal of Empirical Legal Studies*

*Constitutional Political Economy*

## **Autor:innenverzeichnis**

Prof. Dr. Thomas Bernauer ist Professor für Politikwissenschaft an der ETH Zürich. Seine Forschungsschwerpunkte sind Internationale Politische Ökonomie und Umweltpolitik.

Prof. Dr. Detlef Jahn ist Ordinarius für Vergleichende Regierungslehre an der Universität Greifswald. Seine Forschungsschwerpunkte sind vergleichende Umwelt- und Sozialpolitik, Parteien, Regierungen und Politikdiffusion.

Prof. Dr. Sylvia Kritzinger ist Professorin für Methoden in den Sozialwissenschaften am Institut für Staatswissenschaft der Universität Wien. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Wahlforschung und Quantitative Methoden.

Dr. Patrick M. Kuhn ist Associate Professor für Vergleichende Politikwissenschaft und Direktor des Centre for Institutions and Political Behaviour (CIPB) an der Durham University. Seine Forschungsschwerpunkte sind Vergleichende Politische Ökonomie, politische Entwicklung und politische Gewalt.

Prof. Dr. Stefanie Walter ist Ordinaria für Internationale Beziehungen und Politische Ökonomie an der Universität Zürich. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Internationale und Vergleichende Politische Ökonomie.



## Stichwortverzeichnis

Die Angaben verweisen auf die Seitenzahlen des Buches.

- 68er-Bewegung 326, 332
- Abrüstung 517, 519
- Abstimmung 92, 105, 124, 125, 148, 149, 161, 198, 199, 201, 202, 204, 206–208, 210–212, 265, 318, 343, 349, 362, 373, 377, 379, 387, 392, 394, 399, 401, 402, 425, 433, 457, 461
- adverse selection 442
- Agenda-Setting 147, 345, 346, 362, 370, 375, 401, 402
- Akteure 53, 55, 62, 68–70, 73, 89, 103, 106, 108, 124, 134, 141, 146, 169, 171–173, 195, 196, 198, 210, 212, 215, 217, 218, 229–233, 235, 244, 255–257, 264, 265, 283, 297, 300, 304, 318, 324, 327, 331, 337, 341, 342, 347, 351, 358, 359, 361–365, 370, 393, 394, 397, 398, 401–404, 435, 437, 441, 442, 453, 458, 466, 472–477, 481–483, 485–488, 491, 492, 495, 496, 498–502, 504–506, 513–515, 517, 519, 520, 528, 530
- Alltagswissen 52
- American Model 463
- Amnesty International 305, 327
- Analyseebene 520
- Anarchie, anarchisch 492–495, 499, 501, 502, 507, 513, 522, 531
- Anti-Globalisierungsbewegung 298, 325, 327
- Anti-Rassismus 328
- Arbeiter:innenbewegung 271, 284, 285
- Arbeitsmarktpolitik 171, 316
- Atomenergie 326, 329, 335
- ATTAC 327
- Ausschuss 378, 379, 385, 386, 389, 392, 398, 400, 424, 427, 433, 530
- Außenhandelspolitik 168, 517
- Außenpolitik 168, 316, 503
- Autokratie, autoritäres System 103–105, 108, 110, 111, 113–115, 120–131, 133, 136–138, 141, 142, 163, 336, 359, 378, 467, 491, 494, 510–513
- Autonomie 112, 223, 421, 462, 481, 488, 527, 529
- Bankenregulierung 520
- Bedingung, hinreichende 58, 71, 96, 303, 306
- Bedingung, notwendige 58, 110, 483
- Befragung 84, 89–91, 122, 210, 220, 221, 263, 363, 364, 369, 445
- Beobachtung 52, 59, 63, 71, 72, 77–85, 90–92, 95, 137, 221, 349, 392, 409, 479, 518
- Bikameralismus 165, 168, 170, 174, 379–381, 388, 389, 392
- Bildungspolitik 127, 128, 166, 224, 316, 413
- Bundesgericht (Schweiz) 167, 421, 453, 457, 458, 461, 468, 469
- Bundestag (Deutschland) 57, 58, 156, 167, 183–185, 241, 242, 250, 257, 268–270, 282, 290, 321, 378, 384–387, 399, 412, 420, 456, 457, 460, 467, 468, 493
- Bundestagswahl 57, 241, 242, 257, 268–270
- Bundesverfassungsgericht (Deutschland) 109, 167, 420, 453, 456, 457, 463, 467, 468, 472, 482
- Bundesverfassungsgesetz (Österreich) 107, 167, 206, 299, 460
- Bürgerkrieg 112, 491, 504, 505, 507, 512, 513
- Bürgerrechtsbewegung 325
- Bürokratietheorie 407, 438, 439, 441, 443
- Constitutional court, European Model 454, 463
- Constitutional judicial review, American Model 454, 463
- Covid-19, Covid-19-Pandemie 51, 52, 61, 63, 65, 66, 70, 71, 73, 75, 86, 88, 93, 99, 258, 270, 297, 325, 350, 453
- Datenanalyse 88, 89, 92, 96, 449
- Datenerhebung 60, 75, 83, 88–91, 220, 222

## Stichwortverzeichnis

---

- Deduktion 68
- Demokratie 54, 56, 57, 70, 74, 75, 78, 79, 83, 88, 91–94, 103–112, 116, 117, 119, 122–133, 136–138, 141–145, 147, 155, 162, 163, 170, 173–176, 179–183, 186, 188, 191, 197, 210, 211, 215, 216, 221, 223, 234, 239, 284, 286, 288, 289, 297, 317, 318, 323, 325, 326, 329, 337, 341, 342, 351, 352, 357, 359, 361–363, 368–370, 375–377, 379, 383, 384, 388, 397–399, 407–409, 417, 432, 437, 446, 448, 454–456, 459, 469, 471, 477–479, 488, 489, 491, 494, 499, 500, 508–512
- Demokratiedefizit 109, 315, 336
  - Demokratieprinzip 457, 477
  - Demokratische Legitimität 122, 160, 161, 168, 203, 210, 212, 216–218, 251, 370, 375, 467, 471, 495
  - Demokratischer Friede(n) 491, 510, 512
  - Demokratisierung 121, 122, 130–138, 180, 181, 448, 505
  - direkte 106, 167, 179, 197, 198, 206, 209–212, 233, 273, 318, 397, 434, 457, 461, 477, 483
  - halbdirekte 197, 198, 207
  - Konsolidierung 126, 133, 136, 144, 163
  - repräsentative 106, 161, 198, 206, 209, 233, 247, 265, 456
  - wehrhafte 299
- Demonstration 104, 233, 234, 300, 303, 307, 325, 326, 334, 337
- Dependenztheorie 500
- Dezentralisierung 150, 168, 169, 415, 416
- Digitalisierung 335, 336, 352, 367, 370
- Direktinvestition 503, 521
- Diskriminierung 91, 324, 326, 332, 513
- Dyade, dyadisch 521
- Einheitsstaat 85, 164, 368
- Einkommensungleichheit 312, 322
- Einparteienmehrheitsregierung 432, 474
- Entwicklungsgefälle 500
- Entwicklungsländer 500, 502, 521
- Entwicklungszusammenarbeit 359, 426, 497
- Epistemologie 500, 501
- EU-Erweiterung 426
- Europäische Integration 522
- Europäische Kommission 423, 425, 522
- Europäische Union (EU) 107, 108, 159, 168, 289, 461, 495, 519
- Europäische Währungsunion 526, 527
- Europäische Zentralbank (EZB) 110, 495
- Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl 470, 523
- Europäisches Parlament (EP) 393
- Europäisches Währungssystem 527
- Europäisierung 312, 526
- Experiment 75–78, 82, 85, 86
- Fallauswahl 76, 78, 81, 84–88, 131
- Fallstudie 80–82, 85, 87, 88, 319, 363, 478, 482, 506, 520
- Falsifikation 61
- Feldexperiment 90, 91
- Feminismus 332, 333
- Finanzmarkt 125, 530
- Finanzmarktkrise 528
- Fiskalpolitik 169, 288, 315, 518, 527
- Föderalismus 85, 164, 165, 167–170, 174, 273, 381, 477, 483
- Forschung
- Forschungsdesign 70, 86
  - Kontrollgruppe 76, 77
  - qualitativ 58, 59, 65, 80, 81, 96
  - quantitativ 59, 65, 78, 82
- Fragmentierungsgrad 278, 279, 287, 293, 482
- Französische Revolution 209, 374
- Frauenbewegung 298, 325, 326, 332, 333
- Freihandel 499, 508–510
- Freiheit 91, 107, 108, 114, 115, 118, 257, 298, 318, 362, 380
- Fridays for Future 336
- Frieden 66, 105, 329, 491–493, 505, 509, 510, 512, 530
- Friedensbewegung 325
  - Friedenspolitik 326
- Funktionalismus 68, 525, 530
- Gefangenendilemma 515, 516, 519
- Geldpolitik 527–530
- Geldwäscherei 520
- Generalisierbarkeit 59, 79, 82, 83, 93
- Gentechnik 63, 298, 333, 334

- Gesetzesinitiative 203, 207, 400  
Gesetzesvorlage 78, 147, 149, 208, 375, 378, 388, 396, 400, 402, 404, 422, 424, 431, 433, 486  
Gesetzgebung 111, 146, 151, 152, 160, 161, 204, 212, 373, 374, 376–379, 382–386, 388–398, 400–403, 407, 408, 416, 419, 426, 433, 434, 456, 457, 463, 473, 475, 476, 482–486  
Gesundheitspolitik 301  
Gewaltenteilung 107, 109, 138, 141–144, 151, 156, 159, 162, 164, 166–168, 170, 176, 230, 380, 388, 397, 398, 400, 408, 411, 458, 466, 472, 482, 483  
– horizontal 141, 143, 144, 156, 164, 168, 176  
– vertikal 141–143, 159, 164, 166–168, 176, 482, 483  
Gewaltmonopol 493, 494, 496, 522  
Gewerkschaft 137, 223, 238, 258, 259, 297, 299, 305–313, 315, 316, 318, 325–328, 331, 352, 354, 487  
Gewinn, absolut 509, 510  
Gewinn, relativ 509  
Gleichberechtigung 326, 332, 383, 455, 487, 500  
Globalisierung 59, 66, 226, 270, 285, 312, 313, 495, 496, 509  
Greenpeace 306, 327  
Grundannahme 56, 60, 265, 350, 359, 360, 432, 473, 500, 503  
Grundgesamtheit 78, 79, 83, 84, 88, 93  
Grundgesetz 107, 166, 206, 299, 385, 412, 420, 459, 460  
Handelshemmnis 485  
Handlungsrepertoire 300, 327, 328, 331, 335, 336  
Hegemonie 274, 508, 510  
– Hegemon 517, 518  
– Theorie hegemonialer Stabilität 517  
Hermeneutik, hermeneutisch 60, 87, 96, 501  
Herrschaft, demokratische 105  
Heterogenität 71, 173, 194, 288, 312, 483  
Hierarchie, hierarchisch 226, 284, 313, 324, 327, 409, 413, 439, 486, 492, 493, 501, 502, 522, 526, 531  
homo oeconomicus 511  
homo sociologicus 511  
House of Commons 147, 378, 380  
House of Lords 147, 380, 381  
Hypothese 56–58, 63, 66, 69–71, 73, 75, 76, 78, 80–84, 86, 89, 91–93, 95, 103, 127–130, 135, 312, 335, 343–345, 349, 358, 397, 436, 441, 443, 492, 498, 499, 503, 506, 508–510, 515, 522, 531  
– kausale 70, 75, 135, 499, 503  
– probabilistische 92  
Immigration 272, 285, 328  
Individuum 54, 216, 334  
Industrialisierung 135, 190, 223, 261, 292, 298, 308, 309, 374  
Industrieländer, Industriestaaten 325, 500, 502  
Inferenz 57, 84  
Inferenzstatistik 93  
Inflation, Inflationsrate 88, 288, 315, 322, 448, 527, 528  
Informationsvermittlung 341, 358  
Inhaltsanalyse 91, 264, 346  
Initiative 160, 198, 199, 203–206, 208, 210, 211, 272, 300, 314, 332, 334, 377, 391, 398, 400, 435, 457, 458, 461, 469  
Input 104, 122, 217, 317, 318, 320, 321  
Institutionalisierung 270, 283, 326, 329  
Institutionalismus 499, 502, 514, 524  
Interdependenz 227  
Interesse 55, 56, 67, 106, 107, 110, 123, 127, 128, 130, 149, 160, 166, 169, 190, 194, 200, 204, 205, 223–225, 230, 235, 237, 244, 247, 248, 250, 255, 257, 258, 261, 275, 283, 284, 286, 297–299, 301, 304, 306–308, 313–315, 318, 321, 325, 330, 333, 345, 349, 353, 358, 360, 362, 375, 379, 381, 385, 389, 394, 395, 401–403, 415, 417, 419, 427, 434, 439, 442, 445, 449, 460, 463, 473, 477, 485–488, 499–502, 505, 507, 509, 511, 512, 517–520, 524–526, 529–531  
Interessengruppen 65, 104, 107, 130, 212, 233, 255–257, 283, 297–308, 313–317, 319–328, 334–337, 341, 342, 351, 361, 364, 365, 398, 417, 440, 487, 524, 529, 530

## Stichwortverzeichnis

---

- Intergouvernementalismus 524, 529, 530  
Internationale Beziehungen 491, 500  
Internationale Kooperation 500, 513  
Internationalisierung 335, 336, 352  
Internationalismus 502  
Internet 67, 98, 181, 341, 349, 350, 357, 367  
Investitionsabkommen 521  
ius cogens 494, 495  
Judikative 103, 104, 141, 143, 156, 159, 162, 164, 165, 167, 373, 449, 453–455, 458, 463, 472, 478, 486, 488  
Jugendbewegung 325  
Jugendunruhen 327  
Kabinettsregierung 409, 410, 422  
Kapitalismusvariantenforschung 323  
Kausalhypothese, kausale Hypothese 75, 84, 135, 499  
Kausalität, Ursache-Wirkungs-Beziehung 52, 58, 59, 64, 66, 71, 240, 241, 283, 312  
Kausalmechanismus 80, 510, 511  
Kausalzusammenhang 76, 82  
Klimapolitik 69, 70, 77, 256, 520  
Klub 386, 519  
Klubgüter 519  
Koalition 71, 126, 144, 146, 148, 163, 164, 173, 179, 192, 194, 197, 205, 222, 249, 250, 272, 279–281, 287, 289, 290, 292, 331, 334, 363, 401, 407, 409, 410, 420, 428–438, 449  
– Koalitionsbildung 163, 410, 432, 449  
– Koalitionsdisziplin, Koalitionszusammenhalt 146  
– Koalitionsmodelle 428–432  
– Koalitionspartner 272, 280, 287, 429, 431–434  
– Koalitionsregierung 148, 163, 164, 173, 179, 192, 194, 197, 249, 250, 281, 287, 289, 331, 407, 409, 410, 420, 428, 432, 433, 435, 438  
– Koalitionstheorie 428  
– Koalitionsverhandlungen 144, 192, 194, 287, 420, 433  
– Koalitionsvorhersage 429, 431  
– Minderheitskoalition 437  
– übergroß 432–434, 437  
kollektive Güter 519  
kollektive Sicherheit 207  
Kolonialisierung 147  
Kolonialverwaltung, Kolonialreich 443  
Kommunikation 232, 341, 342, 344–346, 351, 361, 365–370, 466, 503, 509  
Kommunikationskosten 328, 496  
Konflikt 68, 69, 96, 106, 113, 162, 163, 196, 201, 211, 222–227, 238–240, 244, 251, 260, 268, 269, 272, 273, 281, 283–286, 289, 291, 292, 303, 306–309, 315, 317, 320–322, 331, 333–335, 337, 361, 386, 427, 439, 440, 457, 471, 483, 492, 499, 500, 502–506, 508–511  
Konfliktfähigkeit 201, 303, 306–308, 320, 331, 333–335, 337  
Konfliktlinie, Cleavage 222–226, 238, 273, 284, 285  
Kongress 131, 150, 151, 319, 373, 390, 400, 418, 419, 482  
Konstruktivismus 56, 492, 498, 500–503, 530  
Konsultationsrechte, Beschwerderechte 160  
Kontrollvariable, Drittvariable 70, 93–95  
Konvergenz 519, 530  
Konzeptdefinition 71, 72, 107  
Kooperation 162, 315, 327, 355, 391, 410, 492, 497, 499, 500, 502, 504, 509, 513–515, 517–523  
Korporatismus 174, 311, 314–319, 321–323, 337  
Korrelation 59, 71, 135, 137, 163, 287, 318, 319, 447, 448, 471, 510  
Korruption 155, 175, 298, 358, 446–449, 513  
– Korruptionsforschung 447, 448  
– Korruptionsindex 448, 449  
Krieg 64, 66, 92, 105, 112, 132, 333, 343, 364, 492, 496, 498, 504, 505, 507, 508, 510–512, 522  
– Kriegsursachenforschung 500, 506, 512  
– Kriegswahrscheinlichkeit 507, 510  
Krise 332, 364, 456, 484, 527  
Kultur 56, 166, 209, 217, 223, 225, 280, 284, 368, 485, 502, 503, 510  
Landwirtschaft 135, 271, 302, 307, 308, 334  
Lebensmittelsicherheit 334

- Legalitätsprinzip 455, 456
- Legislative 103, 104, 118, 133, 141, 143, 144, 146–150, 152, 154, 156, 158–160, 162–165, 167, 168, 170, 175, 195, 215, 230, 287, 373–381, 388, 389, 392, 397–401, 403, 408, 411, 419, 453, 454, 456–458, 463, 466, 472, 479
- Legislaturperiode 78, 115, 148, 154, 158, 248, 385, 389, 397
- Legitimation, Legitimität 109, 122, 148, 150, 156, 160–162, 168, 203, 210, 212, 216–218, 251, 258, 283, 370, 375, 381–383, 385, 392, 467, 471, 495
- Legitimationsfunktion 210, 258
- Liberaler Intergouvernementalismus 529
- Liberalisierung 134, 353, 356, 359, 453, 497, 499, 517, 530
- Liberalismus 256, 258, 269, 492, 498, 499, 501–503, 508, 510, 514
- Lobbying 319, 320, 327, 336, 337
- Lohnverhandlungen 297, 323
- Luftverschmutzung 322, 498
- Macht 104, 107, 109, 111–116, 118, 125–127, 134, 137, 141, 142, 146, 147, 149, 152, 157, 176, 180, 182, 212, 289, 343, 355, 374, 376, 380, 389, 409, 413, 414, 420, 421, 431, 433, 438, 455, 458, 467, 471, 493, 499, 502, 503, 507, 508, 511, 518, 524, 525
  - Machttransition 508
  - Machtverlust 512
- Marktliberalisierung 496
- Marktöffnung 285, 516, 517
- Marxismus 54, 492, 498, 500, 502, 503
- Massenmedien 255, 298, 325, 330, 331, 341, 347, 353, 357, 359, 497, 513
- Medialisierung 343, 361
- Medianwähler 123, 124, 127, 128, 131, 245, 267
- Medien
  - Berichterstattung 95, 343, 345, 346, 354, 357, 358, 361–364, 368, 370, 513
  - Kritik- und Kontrollfunktion 351, 357, 370
  - Logik der Massenmedien 359
  - Logik des Mediensystems 359
  - Medienfreiheit 352
    - Medienkontrolle 369
    - Medienrealität 346, 364
    - Mediensystem 342, 351–359, 363–365, 367, 369, 370
    - öffentlich-rechtlich 353, 355, 356, 358, 360, 363, 368, 369, 469
    - Politische Funktionen 342, 351
    - Presse 341, 342, 352, 353, 357, 359, 448, 511
    - Pressefreiheit 107, 116, 352, 358, 359
    - Propaganda 344
    - Rudeljournalismus 361
    - Rundfunk 352, 353, 370
- Mehrebenensystem 427
- Mehrheit, absolute 126, 185, 187, 188, 192, 194, 291, 399, 402, 428, 429, 433, 437
- Mehrheit, einfache 192, 425
- Mehrheitswahlrecht 85, 192, 193, 196, 197, 266, 283, 435
- Mehrparteiensystem 195, 197, 211, 271
- Menschenrechte 54, 108, 302, 455, 456, 461, 469, 491, 494, 497, 500
- Messvalidität 76
- Methoden 51, 52, 63, 65, 67, 69, 79, 80, 82, 87, 89, 91, 92, 186, 265, 478
  - Methoden, qualitative 80, 82, 89, 91, 478
  - Methoden, quantitative 79, 82, 91
- Migration 220, 226, 227, 244, 270, 278, 329, 497
- Militär 112–115, 134, 496
  - Militärjunta 112
  - Militärregime 111–113, 115, 126, 163
- Minderheitsregierung 194, 410, 432, 433
- Misstrauensvotum 144, 147, 152, 157, 159, 376, 382, 390, 412, 426, 433
- Mobilisierung, Mobilisierbarkeit 204, 206, 232, 236, 272, 297, 299, 300, 304, 334–336
- Modell, räumliches 171
- Modernisierung, Modernisierungsprozess 225, 234, 312, 313
- Modernisierungstheorie 135
- Monarchie 112, 380, 460
- Most Different Systems Design 85, 86
- Most Similar Systems Design 85, 86, 397
- Multikulturalität 326
- multinationaler Konzern 498, 500

## Stichwortverzeichnis

---

- Nachrichtenwerttheorie 360
- Nationalistische Bewegung 325
- Nationalsozialismus 299, 456
- Nationalstaat 109, 110, 165, 223–225, 284, 524
- Naturwissenschaften 61
- Neofunktionalismus 525
- Neoliberaler Institutionalismus 502
- Neoliberalismus 65, 499
- Netzwerk 98, 112, 257, 323, 325, 328, 329, 331, 334, 336, 349, 525, 529, 530
- Neuer Konstitutionalismus 462
- New Public Management 416, 445
- Nichtregierungsorganisationen (NGOs) 327, 491, 495, 502
- Nordatlantisches Verteidigungsbündnis (NATO) 207, 270, 494, 519
- Normativ 64, 323, 367
- Normenkontrolle 465, 467
- präventive 465
  - repressive 465
- öffentliche Güter 124, 125, 127, 130, 164, 511
- Öffentlicher Diskurs 362, 368
- Öffentlichkeitsstrategie
- Ereignismanagement 362
  - symbolische Politik 364
  - Themenmanagement 362
- Ontologie 53, 56, 500, 501, 511
- Operationalisierung 60, 73–75, 89, 91, 116, 119, 219, 322
- Opportunitätskosten 509
- Opportunitätsstruktur 335
- Oppositionspartei 149, 194, 211
- Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) 91, 307, 309–311, 321–323, 375, 415, 416, 521
- Organisationsfähigkeit 302, 303, 305, 306, 313, 330
- Output 104, 122, 217–219, 317, 321, 322
- Parkinsons Gesetz 443
- Parlament 71, 78, 93, 108, 109, 111–113, 122, 144, 146–152, 154, 156–161, 163, 165, 168, 219, 234, 246, 250, 256–258, 265, 267, 271, 272, 274, 275, 277, 279, 281, 287, 288, 292, 293, 297, 299, 300, 309, 313, 314, 319, 337, 341, 373–377, 379, 380, 384–392, 397, 398, 400, 402, 403, 408, 410–412, 415–429, 431, 432, 434–437, 440, 444–446, 448, 449, 456, 457, 460, 461, 466, 469–477, 480, 482, 483, 486, 493, 494, 522
- Parlamentarismus 170, 196, 380, 411, 412, 433
- Parteidisziplin 146, 148, 149, 151, 161, 163, 164, 193, 379, 384, 387
- Parteiensystem 64, 86, 163, 191, 195–197, 212, 222, 241, 242, 255, 256, 266, 267, 270–274, 277–284, 286–293, 331, 337, 367, 369, 392, 472
- Parteienwettbewerb 74, 75, 258, 271, 280, 281, 289, 291, 369
- Parteiprogramm 264, 265, 268, 275, 276, 431, 435
- Peer Review-Prozess 98
- Peru 133
- Petition 207, 303
- Pfadabhängigkeit, pfadabhängig 317, 320
- Philosophie 500
- Plagiat 61
- Pluralismus, pluralistisch 72, 108, 281, 283, 291, 311, 314–317, 320, 337, 354, 358, 364
- Policy 171, 173, 176, 215, 216, 218, 245, 256, 335, 396, 429, 431, 432
- Politics 454, 500, 505
- Politikdiffusion 521
- Politikfeld 63, 123, 388, 391, 392, 426, 514, 519
- Politikwissenschaft
- empirisch-analytische 52, 446
- Politische Gewalt 504
- Politische Theorie 52
- Politischer Wettbewerb 110, 118
- Politisches System 103, 104, 119, 129, 138
- Polity 78, 79, 92, 116–121, 128, 131, 133
- Popularität 130
- Präferenzordnung 401
- Präsidentchaftswahl 65, 87, 150, 366
- Prinzipal-Agent-Modell 441, 442
- private Güter 124
- Prognose 64, 87, 88, 250, 428, 429, 431

- Protektionismus 224, 497, 509, 516, 517  
Protest 95, 116, 134, 204, 291, 292, 297,  
325–330, 333–337, 365, 381, 492  
Protestbewegung 297, 325–327, 334, 336  
Prozessmodell 331  
Psychologie 250, 251, 350  
Quasi-Experiment 77, 86  
Quotenstichprobe 84  
Randomisierung 76  
RAS-Modell 347, 348, 370  
Rassismus 297, 328, 333  
Rational Choice-Theorie 245, 251, 500,  
501, 510, 511, 515, 521  
Realismus 56, 492, 498–503, 507, 508,  
514, 517, 518, 524  
Rechtspopulismus, rechtspopulistische  
Parteien 243, 327  
Rechtssicherheit 124, 125, 129  
Rechtsstaat, Rechtsstaatlichkeit 107, 108,  
116, 138, 142, 143, 155, 216, 223,  
318, 438, 454–456, 469, 483, 489  
Rechtswissenschaft 485  
Referendum, fakultatives 198, 199, 202  
Referendum, obligatorisches 198, 202,  
206, 208  
Reformfähigkeit 63, 173  
Regierung 71, 93, 95, 105, 106, 109,  
111–113, 116, 123, 125–127, 144–149,  
152, 156–159, 163, 165, 182, 187,  
188, 191, 192, 194, 196–199, 201–205,  
207, 208, 215, 248–250, 256, 257,  
270, 271, 273–275, 279–281, 288, 290,  
292, 297, 299, 300, 313, 314, 316,  
322, 337, 341, 358, 359, 363, 369,  
373, 375–377, 379, 382, 385–387, 389,  
390, 397, 398, 400–404, 407, 408,  
410–423, 427–429, 432–442, 444–446,  
448, 449, 453, 456–458, 466, 467,  
471–473, 475–477, 480, 482, 486, 493,  
494  
– Regierungskrise 156  
– Regierungsreferendum 198, 202, 203,  
206, 207, 212  
– Regierungsstabilität 69, 191, 212, 410,  
436  
Regierungssystem 108, 141, 144, 146–  
154, 156–159, 161–165, 169, 170, 176,  
183, 193, 202, 207, 211, 287, 288,  
373, 375, 390, 408, 421, 422, 427,  
429, 436, 520  
– parlamentarisches 108, 144, 146–148,  
151, 156, 161, 164, 170, 193, 202,  
207, 287, 375, 390, 408, 427, 429  
– präsidentielles 108, 144, 146, 148–153,  
162, 183, 211, 287, 373  
– semi-präsidentielles 108, 144, 152, 153  
Regressionsanalyse 93  
Regulierung 63, 118, 190, 370, 407, 414,  
415, 418, 424, 454, 520  
Reliabilität 75  
Replizierbarkeit 81, 118  
Repräsentation 109, 160, 179, 187, 195–  
197, 215, 247, 248, 251, 273, 318,  
374, 375, 381, 385, 389  
Repression 327, 336, 497, 513  
Responsivität 58, 187, 212, 215, 216, 359  
Ressourcenmobilisierungstheorie 331  
Revolution 97, 134, 190, 204, 209, 223–  
225, 261, 284, 285, 298, 309, 330,  
374, 413, 461, 504  
richterliche Unabhängigkeit 466, 480, 481  
Richtlinienkompetenz 145, 420–422  
Rückwärtsinduktion 516  
Sanktion, Sanktionierung 160, 304, 415,  
421, 441, 494, 519  
Scheinkorrelation 59, 135, 163  
Sekundärdaten 78, 91, 92, 447  
Selbstbestimmung 497  
Selbsthilfesystem 499, 502  
Selection bias 86–88, 131  
Selektoratstheorie 126, 127, 288  
Serbien 133, 134, 494, 495  
Sezession 493, 504  
Sicherheit 96, 163, 168, 207, 225, 271,  
276, 287, 362, 495, 496, 499, 507  
– Sicherheitsdilemma 507, 517  
– Sicherheitspolitik 424–426, 496, 497,  
517, 523  
– Sicherheitsrat 496  
Situationsstruktur 515, 519, 520  
Souveränität 103, 197, 198, 275, 492,  
493, 495, 497, 498, 523, 524, 527  
Souveränitätsprinzip 493  
Sozialausgaben 473

## Stichwortverzeichnis

---

- Soziale Bewegung 324, 325, 328, 336, 364
- Sozialisation 237, 258, 341, 519
- Sozialismus 241, 256, 269, 413, 502
- Sozialkapitalforschung 323
- Sozialpartnerschaft 315, 322, 325
- Sozialpolitik 276, 323
- Sozialstaat 322
- Sozialwissenschaften 51, 75, 90, 219
- Soziologie 258
- Spieltheorie/Gleichgewicht 73, 267, 507, 511, 516–518
- Staat 59, 63, 64, 70, 72, 78, 85, 88, 91–93, 103–105, 107–111, 113, 115–117, 121, 122, 124, 125, 127–137, 141–143, 153, 159, 160, 162, 163, 165–170, 173, 174, 179–181, 188, 203, 207, 209, 210, 217, 224–227, 257, 273, 274, 278, 284–289, 291, 297, 298, 308, 309, 313–317, 321, 322, 324, 326, 329–331, 335, 336, 358, 366, 368, 369, 373–375, 378, 379, 381–383, 397–399, 402, 403, 407–409, 411, 413, 416, 419, 424, 425, 437, 438, 444–449, 453–456, 458, 459, 462, 464, 466, 470, 477–485, 487, 489, 491–501, 503–505, 507–510, 512–529, 531
- Staatsausgaben 123, 125, 163, 164, 287, 308, 315, 378, 527, 528
  - Staatsgewalt 106, 141–143, 170, 325, 341, 373, 453, 455
  - Staatstätigkeit 169, 412, 417
  - Staatsverschuldung 169, 288, 322, 527
- Stabilität 64, 73, 130, 131, 146, 162, 163, 171, 173, 176, 191, 197, 218, 238, 251, 287, 291, 297, 311, 317, 410, 413, 427, 438, 449, 502, 505, 507, 517, 528
- Stadtstaat 105
- Ständerat (Schweiz) 158, 167, 172, 378, 382, 387, 388, 422, 423, 469
- Statistik 92, 243
- Steuern 127, 130, 136, 142, 163, 164, 166, 167, 170, 227, 276, 297, 302, 308, 361, 362, 374, 376, 385, 391, 397, 413, 416, 417, 425, 491, 492, 495, 498, 517, 520, 522
- Steuerhinterziehung 498, 520
  - Steuerhoheit 522
- Stichprobe 79, 83, 84, 88, 93
- Stimulus-Response-Modell 344
- Streik 307
- Streitschlichtungsverfahren 521
- Subvention 302, 303, 307, 313, 320, 352
- Supranationalismus 524–526, 529, 530
- Sustainable Development Goals (SDGs) 497
- System
- autokratisches 103, 110–116, 123, 126, 127, 130–132, 134–136, 163, 297
  - internationales 103, 133, 410, 492–504, 507, 508, 513, 515, 517, 520, 522
  - supranationales 495
- Technologie 323, 333, 334
- Teilspielperfektes Gleichgewicht 516
- Terrorismus 287, 288, 496, 497, 504–506
- Theorie des kollektiven Handelns 297, 303, 304, 306, 308, 313, 330, 333, 519
- Theorie hegemonialer Stabilität 517
- Theoriebildung 53, 68, 297, 345, 501, 503
- Theorienpluralismus 498
- Transaktion 525, 530
- Transaktionalismus 525, 530
- Transaktionskosten 530
- Transparenz 79, 122, 215, 302, 318, 320, 351, 511
- Trittbrettfahrerproblem 303–305, 519, 520
- Überdeterminiertheit 81
- Umfragedaten 79, 221
- Umverteilung 124, 227
- Umweltpolitik 175, 301, 316, 318, 322, 426, 521
- Umweltschutz 57, 74, 75, 125, 171, 172, 225, 226, 288, 322, 326, 327, 444, 491, 518
- UNO-Sicherheitsrat 494–496
- Unsicherheit 60, 61, 79, 201, 361, 364, 440
- Untersuchungsform 75, 79, 80, 82, 83, 87, 89, 92
- experimentell 75, 77, 78, 82
  - nicht-experimentell 75, 77, 82
  - qualitativ 75, 78, 80, 81

- quantitativ 79, 81
- Untersuchungsgegenstand 57, 65, 79, 89, 491
- Validität 75–77, 79, 80, 85, 122, 154, 447
  - externe 77, 79, 80
  - interne 77, 80, 85
- Variable
  - abhängige 58, 71, 76, 78, 85–88, 93, 94, 96, 283, 436
  - diskret 117
  - unabhängige 58, 71, 76, 78, 84–86, 88, 93, 283, 286
- Varieties of capitalism 323
- Verbandsdemokratie 325
- Verein, Vereinigung, Vereinswesen 269, 272, 298–301, 327
- Vereinigte Bundesversammlung (Schweiz) 158, 422, 469
- Verfassung, Deutschland 166, 299, 420, 459
- Verfassung, Europäische Union 168, 202, 390, 461, 484, 523
- Verfassung, Österreich 167, 206, 299, 421, 460
- Verfassung, Schweiz 107, 167, 208, 209, 273, 299, 357, 461
- Verfassungsgericht 71, 109, 166, 168, 377, 453, 454, 456, 457, 459, 461, 463–467, 469, 471–478, 480–484, 486, 489
- Verfassungsgerichtsbarkeit 142, 165–168, 399, 449, 454, 459, 462, 463, 465–469, 471, 472, 477–481, 483, 484, 486, 488, 489
- Verfassungsgerichtshof, österreichische 167, 421, 463, 468
- Verhältnismahlrecht 85, 192, 196, 197, 368, 386, 387
- Verwaltungsmodelle 413, 414, 445
  - deutsch 414
  - französisch 413, 414
  - US-amerikanisch 413, 414
- Verwaltungsorganisation 415, 416
- Vetospüleransatz 69, 71, 142, 170, 173, 176, 394, 473
- Völkerbund 499
- Völkerrecht 456, 461, 469
- Volksbefragung 202, 206, 207, 210
- Volksbegehren 206, 207
- Volksinitiative 198, 203–205, 207–209, 212, 398, 457
- Volkspartei 194, 242, 243, 259, 261, 267–271, 273, 275, 276, 278, 281, 290
- Volkssouveränität 106, 209, 210
- Vollerhebung 83
- Wahlen 74, 75, 83, 103, 105–108, 111, 113, 116–118, 122, 124–126, 132, 133, 138, 141–143, 147–149, 152, 156, 158, 176, 179–183, 186–188, 192, 197, 204, 210–212, 233–236, 241–243, 246, 247, 256, 265, 266, 276, 280, 290, 314, 318, 320, 327, 331, 343, 349, 362, 369, 373, 376, 385, 387, 389, 390, 392, 418, 432, 435, 460, 469, 472, 477
  - Wahlergebnis(se) 57, 126, 183, 185, 188, 221, 235, 246, 249, 269, 370, 409, 410
  - Wahlforschung 66, 221, 222, 232, 237
  - Wahlkampf 90, 194, 247, 258, 300, 365–367, 369, 370
  - Wahlkampfkommunikation 365, 367, 368, 370
  - Wahlrecht 124, 132, 180–182, 242, 332, 374, 453, 455–457, 460
  - Wahlsystem 85, 108, 141, 170, 179, 183–192, 195–197, 211, 212, 236, 246, 248, 249, 283, 287, 288, 368, 375, 381, 383, 388, 389, 437
  - Wahlverhalten 57, 61, 68, 77, 215, 222, 237, 238, 240, 241, 246–248, 250, 251, 344, 366
- Währungspolitik 426, 522, 526, 527, 529, 530
- Währungsschlange 527
- Währungsstabilität 124, 125, 444, 530
- Währungsunion 495, 523, 524, 526–528
- Wechselkurs 529
- Weimarer Republik 209, 268, 269, 281, 289, 299, 414, 433, 456, 484
- Weltbank 91, 92, 445–447, 518
- Welthandel 491, 518
- Welthandelsorganisation (WTO) 518, 521
- Weltwirtschaft 65
- Wiedervereinigung 166, 206, 270, 290, 459, 460, 529
- Winning coalition 126, 127
- Wirtschaftsinteressen 93, 320, 334

## Stichwortverzeichnis

---

- Wirtschaftskrise 112, 512  
Wirtschaftspolitik 144, 163, 301, 309,  
315, 316, 530  
Wirtschaftswachstum 70, 127, 129–131,  
226, 315, 321, 322, 517  
Wirtschaftswissenschaft 129  
Wissenschaftliche Theorien 56, 473  
Wissenslucht-Hypothese 349  
Wohlfahrt 91, 124, 358, 496  
Wohlfahrtsstaat 164, 220, 227, 323, 410  
Wohlstand 127, 163, 491, 497, 509, 513  
Zentralbank 110, 174, 495, 526, 527,  
530  
Zentralisierung 367, 416  
Zölle 307, 491  
Zufallsstichprobe 83, 84, 220, 319  
Zweikammersystem 380–382, 386, 398,  
403, 475

**Bereits erschienen in der Reihe  
STUDIENKURS POLITIKWISSENSCHAFT (ab 2017)**

**Autokratien**

Von Prof. Dr. Uwe Backes

2022, 205 Seiten, broschiert, ISBN 978-3-8487-8003-7

**Die Rechte indigener Völker im Menschenrechtssystem**

Von Jessika Eichler, Ph.D.

2022, 266 Seiten, broschiert, ISBN 978-3-8487-6483-9

**Das Regierungssystem der USA**

Von Dr. Michael T. Oswald

3., aktualisierte und erweiterte Auflage, 2021, 322 Seiten, broschiert,  
ISBN 978-3-8487-6950-6

**Demokratie**

Von Prof. Dr. Samuel Salzborn

2., aktualisierte und erweiterte Auflage, 2021, 186 Seiten, broschiert,  
ISBN 978-3-8487-8296-3

**Migrationspolitik**

Von Prof. Dr. Hannes Schammann und Dr. Danielle Gluns

2021, 274 Seiten, broschiert, ISBN 978-3-8487-4054-3

**Chinese Politics**

Von Prof. Dr. Dr. Nele Noesselt

2021, ca. 270 Seiten, broschiert, ISBN 978-3-8487-4673-6

**Föderalismus**

Von Prof. Dr. Roland Sturm

3., umfassend aktualisierte Auflage, 2020, 201 Seiten, broschiert,  
ISBN 978-3-8487-7786-0

**Das politische System der Schweiz**

Von Prof. Dr. Adrian Vatter

4., vollständig aktualisierte Auflage, 2020, 592 Seiten, broschiert,  
ISBN 978-3-8487-6564-5

**Rechtsextremismus**

Von Prof. Dr. Samuel Salzborn

4., überarbeitete und erweiterte Auflage 2020, 186 Seiten, broschiert,  
ISBN 978-3-8487-6759-5

**Das erste Forschungsprojekt**

Von Prof. Dr. Tom Mannewitz

2020, 344 Seiten, broschiert, ISBN 978-3-8487-6760-1

**Entscheidungs- und Spieltheorie**

Von Prof. Dr. Joachim Behnke

2., durchgesehene und aktualisierte Auflage 2020, 230 Seiten, broschiert,  
ISBN 978-3-8487-6254-5

**Hispanoamerika**

Von Prof. Dr. rer. pol. Hartmut Sangmeister

2019, 249 Seiten, broschiert, ISBN 978-3-8487-5102-0

**Internationale Politische Ökonomie**

Von Prof. Dr. Stefan A. Schirm

4., unveränderte Auflage 2019, 290 Seiten, broschiert,  
ISBN 978-3-8487-5984-2

**Theoretiker der Politik**

Von Prof. em. Dr. Frank R. Pfetsch

3. Auflage 2019, 614 Seiten, broschiert, ISBN 978-3-8487-5015-3

**Chinesische Politik**

Von Prof. Dr. Dr. Nele Noesselt

2., aktualisierte und überarbeitete Auflage 2018, 252 Seiten, broschiert,  
ISBN 978-3-8487-4238-7

**Internationale Sicherheit und Frieden**

Von Prof. Dr. Heinz Gärtner

3., erweiterte und aktualisierte Auflage 2018, 338 Seiten, broschiert,  
ISBN 978-3-8487-4198-4

**Methoden der Politikwissenschaft**

Von Prof. Dr. Bettina Westle

2. Auflage 2018, 436 Seiten, broschiert, ISBN 978-3-8487-3946-2

**Parlamentarismus**

Von Prof. Dr. Stefan Marschall

3., aktualisierte Auflage 2018, 265 Seiten, broschiert,  
ISBN 978-3-8487-5231-7

**Weltbilder und Weltordnung**

Von Prof. Dr. Gert Krell und Prof. Dr. Peter Schlotter

5., überarbeitete und aktualisierte Auflage 2018, 462 Seiten, broschiert,  
ISBN 978-3-8487-4183-0

**Grundbegriffe der Politik**

Von Dr. Martin Schwarz, Prof. Dr. Karl-Heinz Breier und Prof. Dr. Peter Nitschke

2., aktualisierte und erweiterte Auflage 2017, 246 Seiten, broschiert,  
ISBN 978-3-8487-4197-7